

2,50 Euro
Verkauf oder Abo

DER UHU

100 Jahre Rundfunk

KULTUR | POLITIK | GESELLSCHAFT

Jahrgang 7 | Dezember 2020 | Inklusive 2 Seiten **DIE LINKE.**



Politische Rolle des Rundfunks



Der Rundfunk war das wichtigste Propagandainstrument der Faschisten.

Seite 3

Die Linke. Regierungsbeteiligung



Ohne die Linke in der Regierung ist eine politische Kehrtwende nicht zu erreichen.

Seite 4

Deutsche Hörer!



Bei der BBC beschrieb Thomas Mann die Nachkriegsordnung als demokratisch und sozialistisch.

Seite 5

Ist da jemand da draußen?



Der Radiohörer des Gemäldes von Max Radler ist ein bastelnder Rundfunkamateurliebhaber aus der Arbeiterklasse.

Seite 7

Frauen schreiben anders



Ruth Klüger, Überlebende von Auschwitz, sieht die Musealisierung der Konzentrationslager kritisch.

Seite 8

On Air - 100 Jahre Radio

Prof. Klaus Denecke

„Hallo, hallo, hier Königs Wusterhausen auf Welle 2700“. Das waren die ersten Worte der ersten Radiosendung aus Deutschland. Am 22. Dezember 1920 gingen Techniker der Hauptfunkstelle der Reichspost vom Funckerberg auf Sendung. Sie hatten sich gut vorbereitet, spielten auf Violine, Cello und Klarinette ein Weihnachtskonzert und sendeten es von der ländlichen Umgebung des Mühlenberges in die weite Welt hinaus. „Ihr heutiges Konzert war ausgezeichnet, ebenso der Gesangsvortrag ihres Habmes“, war die telegrafische Reaktion aus dem 1500 Kilometer entfernten Sarajevo. Der 22. Dezember 2020 gilt dem Förderverein „Sender KW e.V.“ als Beginn des Rundfunks in Deutschland. Das wurde ihm sogar vom IEEE, dem internationalen Berufsverband von Ingenieuren der Informationstechnik als „Milestone“ bestätigt. Das Museum für Kommunikation in Berlin hat seine Sonderausstellung „On Air – 100 Jahre Radio“ diesem sensationellen Ereignis gewidmet.

Schwingkreis und elektromagnetische Wellen

Als der Schotte James Clerk Maxwell im Jahr 1860 aus einem System komplizierter partieller Differentialgleichungen auf die Existenz elektromagnetischer Wellen schloss, konnten das nur wenige „Eingeweihte“ verstehen. Anders ist es mit den einleuchtenden Versuchen von Heinrich Hertz, mit denen er Maxwells theoretische Vorhersage bestätigte. Hier gibt es wirklich etwas zu sehen. Verbindet man einen Kondensator, dessen einander gegenüberstehende Platten positiv, beziehungsweise negativ geladen sind, mit einer Spule, so entlädt sich der Kondensator. Durch den nun zeitlich veränderlichen Strom wird um die Spule herum ein Magnetfeld aufgebaut, das in der Spule einen Gegenstrom induziert, der den Kondensator wieder auflädt, aber nun mit entgegengesetzter Polung. Erneut entlädt sich der Kondensator. Die elektrische Energie des Feldes zwischen den Platten wird kleiner, aber die magnetische Energie um die Spule nimmt zu. Dann nimmt die elektrische Energie wieder zu, die magnetische ab, und so weiter. So kommt es zum Pendeln der Energiearten, ähnlich dem Auf und Ab, dem Hin und Her zwischen potentieller und kinetischer Energie bei einem mechanischen Pendel, zu

Schwingungen. So wie ein mechanisches Pendel nach einiger Zeit in der Nulllage stehen bleibt, weil ein Teil der Energie durch Reibung in Wärme umgesetzt wird, werden auch die elektrischen Schwingungen gedämpft. Der elektrische Widerstand der Leiter führt auch hier zu Erwärmung und ein Teil der Energie wird nicht für die Schwingungen des elektrischen Kreises genutzt. Die

Kenngroßen einer Schwingung sind die Schwingungsdauer und die Frequenz. Letztere wird in Hertz (Hz) gemessen – ein Hertz bedeutet eine Schwingung pro Sekunde. Trennt man den Schwingkreis am Kondensator auf und stellt sich nun eine gestreckte Anordnung vor, eine Antenne, so hat man einen offenen Schwingkreis. Ist die Frequenz größer als 100 Kilohertz (kHz), so wird nun Energie als elektromagnetische Wellen in den Raum abgestrahlt. Sie breiten sich mit Lichtgeschwindigkeit aus. Da sie andere offene Schwingkreise zu Schwingungen anregen, wenn die Frequenzen aufeinander abgestimmt sind, kann man sie mit einer anderen Antenne empfangen und mit einer Glühlampe sichtbar machen. Der Hertzsche Dipol enthielt eine Funkenstrecke. So kam es später zur Bezeichnung Rundfunk. Nun geht es beim Rundfunk aber um die Übertragung von Sprache und Tönen, also um Schallwellen, die sich nur in Stoffen ausbreiten, während elektromagnetische Wellen kein Medium benötigen. Außerdem hat der hörbare Schall nur Frequenzen zwischen

16 Hz und 20 kHz. Deshalb werden Schallwellen zunächst durch ein Mikrofon in elektrische Signale umgewandelt. Dann werden die Schwingungswerten der hochfrequenten elektromagnetischen Schwingungen im Rhythmus der Schallschwingungen verändert, moduliert. Die modulierten hochfrequenten Schwingungen können übertragen werden und gelangen



Historische Sendeanlagen Funckerberg, Königs Wusterhausen, Foto: Uta Denecke

zum Empfänger. Durch Demodulation wird die niederfrequente Welle von der hochfrequenten getrennt und durch Kopfhörer oder Lautsprecher in Schall zurück verwandelt.

Vom Knallfunk zu DAB+

1895 gelang dem Italiener Marconi die erste Funkverbindung. Wie Hertz benutzte er einen offenen Schwingkreis mit Funkenstrecke, einen Knallfunksender, und den Empfänger, den der Russe Popov

entwickelt hatte. Die gesendeten Morsezeichen konnten in einer Entfernung von fünf Kilometern empfangen werden. Elektronenröhren und die Verbesserung der Modulation gestatteten es, die erste Sprachnachricht zu senden. Der kanadische Rundfunkpionier Fessenden konnte 1906 die von ihm aus der Bibel vorgelesene Weihnachtsgeschichte 500 Meter weit übertragen. Funkübertragungen von Morsezeichen spielten im 1. Weltkrieg eine große Rolle. Den deutschen Heeresfunkern war es aber verboten, auch Sprache und Musik zu übertragen, obwohl sie das schon konnten. Wurden unmittelbar nach dem Krieg zunächst nur Wetter- und Wirtschaftsmeldungen gesendet, so konnte man am 29. Okt. 1923 schon die erste Unterhaltungssendung ausstrahlen. 1924 gab es eine halbe Million Rundfunkempfangsgeräte. Ein dezentrales Sendernetz wurde geschaffen und bald konnte man beinahe überall Radio hören. Rundfunkübertragungen auf Ultrakurzwellen (UkW) im Frequenzbereich zwischen 87,5 und 108 Mega-

hertz führten zu einer wesentlichen Verbesserung der Hörqualität und machten auch die Übertragung von Opern und Konzerten zu besonderen Erlebnissen. Im Zeitalter der Digitalisierung geht man ganz andere Wege. Digitaler Rundfunk oder digitales Fernsehen bedeuten die Übertragung von Datenströmen über das Internet oder auch weiter über Antenne. Die Verwendung der Formate DAB (Digital Audio Broadcasting) und DAB+ haben das Radiohören

weiter verbessert, sich aber noch nicht überall durchgesetzt.

Kampf um die Rundfunkhoheit

Wem sollte der Rundfunk gehören? Dem Volk, meinte das Komitee des Berliner Arbeiter- und Soldatenrates, als es am 9. Nov. 1918 „Wolffs Telegraphisches Büro“, die zentrale Agentur des deutschen Nachrichtensystems, besetzte und das Ende der Monarchie verkündete. Die Revolutionäre wollten ein von der Regierung unabhängiges Funkwesen aufbauen. Regierung und Reichspost dagegen verboten sich jeden Eingriff in das staatliche Post-Telegraphen- und Fernsprechwesen. Im Dezember 1918 einigten sich die Streitparteien auf die Gründung eines Reichsfunkkomitees mit Regierungsauftrag, aber unter Kontrolle eines Vollzugsrates. Kurze Zeit später gab Hans von Bredow, Ministerialdirektor im Reichspostministerium, bekannt, sein Ministerium sei die Zentralbehörde für das gesamte Funkwesen und „alle revolutionären Spuren aus dem Funkwesen sind beseitigt“.

Rundfunkgebühren und Schwarzhören

Die Regierung tat sich schwer mit dem Rundfunk. Der Empfang von Funksendungen durch Privatpersonen war zunächst verboten, dann war eine besondere Genehmigung notwendig. Seit 1923 wurden Rundfunkgebühren erhoben. Nach der Inflation forderte der Staat 60 Rentenmark monatlich, ein Drittel des Durchschnittseinkommens. Schwarzhören wurde mit Gefängnis bis zu sechs Monaten bestraft.

Schon während der Weimarer Republik forderte Oberpostrat Thurn, den Rundfunk nicht kommerziellen Interessen zu unterwerfen. 1991 wurde in der Bundesrepublik das duale System eingeführt. Außer dem öffentlich-rechtlichen ist nun auch privatrechtlicher und kommerzieller Rundfunk gestattet.

Zitate +++ Zitate

„Die Massenmedien unserer Zeit bieten dem aufmerksamen Beobachter immerhin eine Chance, die Lüge von gestern mit der Lüge von heute vergleichen zu können.“

Erich Limpach

Von Königen und Ungleichheitsviren

Heinz Wölpert

Antike Mythen sind manchmal durchaus lehrreich. Der phrygische König Midas war extrem reich. Alles, was er berührte, verwandelte sich in Gold. Selbst sein Essen und Trinken. Was ihm letztlich nichts nützte. Gemäß einer der vielen Legenden, die sich um ihn ranken, drohte er deshalb zu verhungern.

Zu viel Reichtum galt seit jeher eher als Fluch. Nicht nur für die Onkel Dagoberts dieser Welt, sondern auch für die jeweilige Gesellschaft. So auch aktuell. In der Coronakrise vertiefte sich die Kluft zwischen Arm und Reich dramatisch, sagt der Kölner Armutsforscher Christoph Buterwege. Das Kardinalproblem liege

in der Vermögensverteilung. Schon vor der Pandemie „erwirtschaftete“ das reichste Prozent der Weltbevölkerung mehr als das Bruttosozialprodukt von 169 Staaten – darunter alle Länder des Nahen Ostens und Afrikas. Die Ultrareichen haben vom Coronavirus besonders profitiert. Laut dem Bloomberg-Milliardärsindex sind die 500 reichsten Menschen der Welt trotz der globalen Wirtschaftskrise nun 813 Milliarden Dollar reicher als zu Beginn des Jahres. In einem Zeitraum, in dem Millionen von Menschen ihre Arbeit verloren oder nur aufgrund von staatlichen Programmen überleben konnten. Dieses Geld wurde zumeist auf den Aktienmärkten ergattert, die sich erstaunlich schnell von ihrer anfänglichen Baisse erholten.

Ungleichheitsvirus auch in Deutschland

Der reichste Mann der Bundesrepublik, Dieter Schwarz, Eigentümer von Lidl und Kaufland, hat während der Pandemie sein vorher schon üppiges Privatvermögen nochmal um 300 Millionen Euro vermehrt. Wir haben in Deutschland, auch in Coronazeiten, also eine massive Umverteilung von unten nach oben. Mittlerweile ist klar, dass durch den wirtschaftlichen Einbruch die sozioökonomische Ungleichheit weiter zunimmt, mit teilweise verheerenden Folgen, was sich laut Butterwege auf drei Ebenen zeigt.

Benachteiligung auf mehreren Ebenen: Da ist zunächst die gesundheitliche Ebene mit dem Infektionsgeschehen selbst: Vor dem Virus sind zwar vordergründig alle Menschen gleich, zwischen Einkommens- und Immunschwäche besteht aber ein Kausalzusammenhang. Arme sind einem höheren Infektionsrisiko ausgesetzt, weil ihre Arbeitsbedingungen in aller Regel schlechter und ihre Wohnverhältnisse hygienisch bedenklicher sind. Zudem leiden sie vielfach unter sozialbedingten Vorerkrankungen, was

das Risiko erhöht, schwer an Covid-19 zu erkranken. Hinzu kommt die psychische Belastung: Wer eine große Wohnung hat, übersteht eine Quarantäne viel entspannter als eine Familie, deren Mitglieder keine eigenen Zimmer haben.

Die zweite Ebene ist die ökonomische: Einschneidende Infektionsschutzmaßnahmen sind erforderlich, hinterlassen aber wirtschaftliche Kollateralschäden, die nicht alle Bevölkerungsschichten gleichermaßen treffen. Vielmehr hat die Coronakrise einige Menschen reicher und viele ärmer gemacht. Es gibt eine soziale Polarisierung zwischen denen, die wegen Erwerbsausfalls, Geschäftsaufgabe, Kurzarbeit oder Arbeitsplatzverlustes herbe finanzielle Verluste erleiden, und jenen, die ein Unternehmen oder einen Arbeitsplatz haben, denen die Rezession nichts anhaben kann.

Vermögen, nicht Einkommen sind entscheidend: Die letzten Monate haben drastisch vor Augen geführt, dass ein großer Teil der in Deutschland lebenden Menschen kaum in der Lage ist, finanziell über die Runden zu kommen, wenn das reguläre Einkommen mal für ein paar Wochen ausfällt. Bis tief in die Mittelschicht hinein fehlt es schlicht an Rücklagen. Letztlich kommt es nicht auf das Einkommen, sondern auf das Vermögen an. Es ist hierzulande besonders ungleich verteilt und konzentriert sich auf 45 hyperreiche Familien, die mehr besitzen als die ärmere Hälfte der Bevölkerung zusammen. Etwa ein Drittel der deutschen Bevölkerung hat kein nennenswertes Vermögen und ist daher nur eine Kündigung, eine schwere Krankheit oder einen neuerlichen Lockdown von der Armut entern.

Bereitschaft zur staatlichen Hilfe spüren nicht alle

Die Ungleichheit zeigt sich letztlich auch auf der Ebene der milliard-

schweren Hilfsprogramme der Bundesregierung und der Landesregierungen, die hier bestimmt nicht in Gänze verdammt werden sollen. Vieles davon war nötig. Aber auffällig und kritikwürdig ist ihre verteilungspolitische Schiefelage. So gibt es ein deutliches Übergewicht zugunsten der großen Unternehmen, die selbst dann unterstützt werden, wenn das unnötig ist.

Ein konkretes Beispiel ist hier BMW. Kurzarbeitergeld ist an sich sinnvoll, weil es Massentlassungen verhindern kann. Aber es ist ein Skandal, wenn die Bundesagentur für Arbeit durch Zahlung von Kurzarbeitergeld einen Großteil der Lohnkosten von BMW übernimmt, obwohl genug Geld da war, um den Aktionären eine satte Dividende von 1,64 Euro zu zahlen. Davon hat das reichste Geschwisterpaar unseres Landes, Susanne Klatten und Stefan Quandt (BMW-Großaktionäre), mehr als 750 Millionen Euro eingestrichen.

Dänemark und Frankreich binden Überbrückungshilfen an die Bedingung, dass ein Unternehmen keine Gewinne ausschüttet. Das würde man sich für Deutschland auch wünschen. Auf der anderen Seite wurden die am meisten Bedürftigen von den Hilfsmaßnahmen viel zu wenig bedacht. Bei den Soloselbstständigen soll ja jetzt nachgebessert werden.

Teilen als Ausweg?

Letztlich spielt natürlich auch der Umwelt-Aspekt eine Rolle: In der Epoche eines drohenden ökologischen Zusammenbruchs sind nämlich oben genannte Vermögensexzesse buchstäblich tödlich.

Wer viel mehr Geld hat, als er ausgeben kann, investiert meist in destruktive Industrien wie fossile Brennstoffe und Bergbau. Extremes Reichtum wird nicht „verdient“, sondern extrahiert - der Natur entrissen von unterbezahlten Arbeitern, gesi-

chert durch Monopolmacht und politische Einflussnahme. Ab welcher Ziffer wird Raffan und Horten sozial unverträglich? Ab 10 Millionen? 50 Millionen? 100 Millionen? Vielleicht wäre eine öffentliche Auseinandersetzung sogar im Interesse der Ultrareichen. Denn es ist nur eine Frage der Zeit, bis ihr unanständiger Reichtum angesichts von Milliarden hungernder und dahinsiechender Menschen weltweit zu gewalttätigen Konflikten führen wird. Die Ungleichheit zwischen Arm und Reich zerreißt irgendwann einmal das soziale Gefüge.

Man muss kein Marxist sein, um zu erkennen, dass auch Deutschland eine Klassengesellschaft mit wachsender sozioökonomischer Ungleichheit ist, deren Hauptgrund in fortbestehenden Interessensgegensatz zwischen Kapital und Arbeit besteht. Wer Armut wirksam bekämpfen will, muss den privaten Reichtum antasten.

Überraschendes aus der Apostelgeschichte

Wie Hans Peter Haselsteiner, Inhaber der Strabag, Platz 24 auf der österreichischen Milliardärsliste, überraschenderweise vor Jahren einer Journalistin anvertraute, müsse seine Klasse letztlich für ein Auskommen aller sorgen (daher seine Unterstützung eines bedingungslosen Grundeinkommens!), denn sonst könnte sie irgendwann alles verlieren. Leider haben zu wenige Reiche diese Einsicht. Vielleicht könnten wir vor der Bundestagswahl 2021 ausnahmsweise mal das Christentum als politisches Programm ernst nehmen. Schlagen wir nach in der Apostelgeschichte (2,44-45): „Alle aber, die gläubig geworden waren, waren beieinander und hatten alle Dinge gemeinsam. Sie verkauften Güter und Habe und teilten sie aus unter alle, je nachdem es einer nötig hatte.“ Wow! Nicht nur mit Friedrich Merz als Kanzler heutzutage leider arg utopisch.



Scharfblick

Objektivität der Presse – aber wie?

In einer Demokratie sollen Zeitungen laut Presseggesetz politisch objektiv sein. Als Anspruch mag diese Forderung richtig sein. Doch wie soll das real passieren bei den Bedingungen, unter denen die Zeitungsmacher*innen arbeiten (müssen)? Abgesehen von Zeitungen, die entweder Organe von Parteien oder anderen Organisationen sind und durch diese finanziert werden, sind Zeitungen Wirtschaftsunternehmen, die möglichst schnell und effektiv arbeiten müssen, im Besonderen Tageszeitungen. Vor allem müssen sie wirtschaftlich rentabel arbeiten. Durch die digitalen Informationsmöglichkeiten kann der Verkauf der Printpresse immer weniger die Kosten für die Medienunternehmen decken. Im Durchschnitt werden 90% ihrer notwendigen Einnahmen durch Werbung und Anzeigen gedeckt. Durch dieses Missverhältnis gegenüber den Verkaufseinnahmen werden Abhängigkeiten geschaffen von den Hauptinserenten wie Banken, Versicherungen, Autoherstellern, Lebensmittelkonzernen etc.. Neben den wirtschaftlichen Bedingungen schränken auch politische Überzeugungen, Herkunft, Bildung und Geschlecht der Journalist*innen die Verifizierung des Leitpruches „Sagen, was ist“, den der Spiegel-Begründer Rudolf Augstein 1961 in einer Stellungnahme zu den Aufgaben von Journalist*innen gefordert hat, ein. Die Darstellung der Wirklichkeit in Medien ist eher ein Angebot zur Wahrnehmung der Wirklichkeit. Es wäre schon ein Beitrag zur Transparenz von Berichterstattung, wenn diese rational und logisch nachvollziehbar wäre. Objektivität der Presse ist ein Mythos, dem man sich im besten Fall annähern kann. Eine faktenbasierte Berichterstattung als Ziel wäre ehrlicher.

Die politische Rolle des Rundfunks vor und nach dem II. Weltkrieg (Teil I)

Jens Wallenberg

Offiziell begann die erste öffentliche Rundfunksendung in Deutschland am 29. Oktober 1923 aus dem Vox-Haus in der Potsdamer Straße, Berlin. „Achtung! Achtung! Hier ist die Sendestelle Berlin im Vox-Haus auf Welle 400!“ So erklang die Ankündigung des ersten Radioprogrammes. (Die 1. Radiosendung in Deutschland erfolgte schon am 22. Dezember 1920, ein Weihnachtskonzert). Darauf folgend kündigte der Direktor des Senders Friedrich Georg Knöpke die nähere Programmgestaltung an: „Meine Damen und Herren, wir machen Ihnen davon Mitteilung, dass am heutigen Tage der Unterhaltungsgrundfunkdienst mit Verbreitung von Musikvorführungen auf drahtlos-telephonischem Wege beginnt.“

Das anfängliche Rundfunkprogramm bestand als Wiedergabe der üblichen Unterhaltung. Die Programmredaktionen dieser frühen Jahre erkannten durchaus die Möglichkeiten der politischen Manipulation durch das neue Medium und sahen deswegen die Aufgabe des Rundfunks vorrangig in Bildung und Unterhaltung. Doch schon bald gab es Radioempfänger mit eingebautem Lautsprecher, sodass ein „Nebenbei Hören“ neben anderen Tätigkeiten möglich war. Diese technische Fortentwicklung bewirkte eine Veränderung des Programmangebotes. So wurden Hörspiele geschrieben mit eher einfachen Inhalten. Für Frauen, vornehmlich aus der Mittelschicht, wurde ein „Frauenfunk“ gesendet mit leichter Unterhaltung und Ratschlägen für die Hausarbeit. Zusätzlich gab es seit Ende der 1920er Jahre eine Kinderstunde.

Da es noch keine mobilen Geräte gab, wurde hauptsächlich in den Abendstunden gesendet, wenn die ganze Familie zu Hause weilte. Neben einstündigen Bildungssendungen wurden Unterhaltungsmusik, Konzerte und Opern gesendet und schließlich auch Liveübertragungen von Sportereignissen, besonders von Fußballspielen. Politische Nachrichten wurden in der Weimarer Republik noch nicht ausgestrahlt, weil die Begründer des neuen Mediums seinen Missbrauch zu politischen Zwecken verhindern wollten. Sie hatten die Illusion eines neutralen Rundfunks. Die wenigen Nachrichtensendungen wurden von einer zentralen Nachrichtenstelle ausgewählt, unter Aufsicht der Regierung. Die Texte wurden den Sprechern vorgeschrieben. Ab dem November 1927 trat ein Sinneswandel ein. Seitdem gab es in der „Deutschen Welle“ erste Vorträge“ zu Wissenschaft, Kunst und Technik und ab Juni auch politische Reden. Selbst der NSDAP wurde Sendezeit eingeräumt. Ausgeschlossen wurde einzig die KPD. Doch bis zur „Machtergreifung“ der Faschisten blieb der Rundfunk weitgehend „unpolitisch“.

Werkzeug der Faschisten

Schon vor 1933 haben die Faschisten die propagandistischen Möglichkei-

ten durch den Rundfunk erkannt. Bereits in den Wahlkämpfen 1932/33 hatte Joseph Goebbels als Reichspropagandaleiter den Rund-

botes einverstanden waren, wurden feuilletonistische Beiträge zugunsten des Unterhaltungsanteiles gekürzt. Je näher der Beginn des 2. Weltkrieges

vor dem Ausland machte der inzwischen zentralisierte „Großdeutsche Rundfunk“ nicht Halt. Schon kurz nach Kriegsbeginn sendete die deut-

Deutschland ab 1940 der *Deutsche Dienst der BBC* zur wichtigsten Informationsquelle. Höhepunkt des „Medienkrieges“ war die sogenannte Sportpalastrede vom 18. Februar 1943 im Berliner Sportpalast, die Goebbels als Reaktion auf die kurz vorher offiziell verkündete Forderung der Alliierten nach bedingungsloser Kapitulation auf der Casablanca-Konferenz vom 24. Januar 1943 und auf die Niederlage in Stalingrad hielt.

Diese vom Rundfunk, von den Zeitungen und der Wochenschau in ganz Deutschland verbreitete Rede zeigte die unheilvolle Vermittlerwirkung der Medien, speziell des Rundfunks, die Goebbels unmittelbar nach der Rede selbst leider sehr zu treffend als „Stunde der Idiotie. Wenn ich den Leuten gesagt hätte, springt aus dem dritten Stock des Columbushauses, sie hätten es auch getan.“ (Der Spiegel. Nr. 46, 1967) gekennzeichnet hat.



Die deutsche Familie vor dem Volksempfänger / Foto: Ruta de la comunicacion

genutzt. Im Oktober 1932 wurde er zum Vorsitzenden des „Reichsverbands Deutscher Rundfunkteilnehmer“ gewählt. Nach der Machtübernahme wurde ein Großteil der Mitarbeiter*innen des Rundfunks auf Grund ihrer politischen Haltung und/oder ihrer religiösen Bindung entlassen und durch Faschisten ersetzt. Der bisherige Unterhaltungscharakter der Radiosendungen galt nunmehr als Lockmittel, um möglichst viele Hörer*innen mit faschistischer Propaganda zu erreichen.

rückte, desto mehr bewahrheitete sich die Haltung von Goebbels aus dem Jahr 1933: „Der Rundfunk ist das modernste Massenbeeinflussungsmittel“ und „Rundfunk in jedes Haus“. Selbst

sche Auslandsrundfunkpropaganda täglich 113 deutsche Sendungen in 15 Fremdsprachen, vor allem nach Großbritannien. Umgekehrt wurde für Gegner des Faschismus in

(Teil 2 folgt im UHU Januar 2021)



Erste Radiohörer 1923 / Foto: planetwissen.de

Leserzuschrift

Siegfried Marquardt, Königs Wusterhausen

Der BER sollte ein Flugplatz der Superlative werden!

Vor der geplanten Eröffnung des BER 2012 nach zweimaligen Fehlstarts überschlugen sich die Meldungen der Medien und die Statements der Politiker zum BER. Dieser Flugplatz sollte ein futuristisches Projekt der Superlative werden. Millionen von Flugplätzen pro Jahr sollten von Schönefeld in alle Welt starten und Tausende von Arbeitsplätzen sollten auf dem BER entstehen. Nach weiteren fast neun Jahren Bauzeit und einer Kostenexplosion von ursprünglich geplanten über 2 Milliarden Euro auf das über Dreifache

von ca. 7 Milliarden Euro Baukosten ist ein Provinzflugplatz von der Auslastungskapazität her mit futuristischem Design entstanden – ein einziges Desaster. Wer kommt eigentlich für die Fehlprojektierungen und Fehlkalkulationen auf? Der Aufsichtsrat hatte wohl immer im warmen Kämmerlein bei Champus und wohlbelegten Schnittchen getagt, ohne auch nur eine einfache Vor-Orts-Begehung vorzunehmen, dann hätten die Herren Schwartz, Bretschneider, Wowerit und Platzeck, und wie sie alle hießen, den Kabel-Salt, die fehlprojektierten Kabelschächte und die defekten Brandschutztüren (...) unmittelbar wahrnehmen können und rechtzeitig effektiv gegensteuern können. Dass da auf dem zukünftigen Superprojekt

BER etwas von Anfang an nicht stimmen konnte, belegte die Integration von Jugendlichen in diverse Gewerke und Firmen, die sich mithin als Scheinfirmen oder Subunternehmungen herausstellten, die sehr schnell pleite machten und Gelder „absahnten“. Das gesamte Controlling auf dem BER muss daher eine einzige Katastrophe gewesen sein. Aber auf jedem Falle konnte man sich an wohlformulierten warmen Worten der Protagonisten erwärmen! Aber so schlecht schneidet der BER vergleichsweise auch wiederum nicht ab, wenn man an das Loch in der A 20 bei Tribsees denkt – die Experten haben bis dato es nicht fertig bekommen, den morastigen Boden mit Sand und Unterbeton zu verfüllen.

Da aber nicht alle Zuhörer*innen mit der Politisierung des Rundfunkange-

Die LINKE und die Regierungsbeteiligung

Stefan Kraus

Im Vorfeld der Bundestagswahl 2021 ist die Diskussion um das Für und Wider einer Regierungsbeteiligung der LINKEN innersparteilich in Gang gekommen. Dabei reichen die Konzepte von Ablehnung (Strategiepapier der hessischen LINKEN), über eine zwischen Regierungsbeteiligung und Orientierung auf soziale Bewegungen vermittelnde Position (Kipping, Riexinger, Schindler) bis hin zu einer auf Regierungsbeteiligung orientierte Haltung.

Schade, dass diese Debatte erst begonnen und nicht jetzt mit einer klaren Positionierung endet. Denn es wird zu befürchten, dass diese Auseinandersetzung mit dem Bundesparteitag nicht beendet sein wird. Im Wahlkampf wird es dann an einer eindeutigen Positionierung fehlen, wodurch die politische Außenwirkung der LINKEN weiter Schaden nehmen wird. Der Partei steht dadurch aller Voraussicht nach ein weiterer Bedeutungsverlust ins Haus. Auffällig an den Papieren ist zweierlei: Die Lageeinschätzung ist weitestgehend identisch, die politischen Schlüsse, die daraus zu ziehen sind, weichen so stark voneinander ab, dass man meinen könnte, es mit Vertretern unterschiedlicher Parteien zu tun zu haben. Auffällig ist weiterhin, dass in keinem Papier deutlich wird, wie die ausgegebenen Ziele in welcher Form umgesetzt werden können, sei es in der Regierung, sei es auf der Straße.

Zwei Beispiele mögen das Dilemma verdeutlichen. Der Mindestlohn wurde 2015 in Deutschland eingeführt, genau zehn Jahre, nachdem es eine rechnerische Mehrheit für eine rot-rot-grüne Regierung auf Bundesebene gab und damit die Option seiner Realisierung. Mehr muss wohl über die aktuelle Gestaltungsmacht sozialer Bewegungen in Deutschland und der Möglichkeit, aus der Opposition Inhalte durchzusetzen, nicht gesagt werden. Umgekehrt zeigen die Ergebnisse einer linken Regierungsbeteiligung oftmals wenig Positives, wie z. B. der Eintritt von Rifondazione comunista in Italien in die neoliberale Regierung Prodi zeigte, die, weil sie diese Politik unterstützte, ihre Wählerschaft fast vollständig einbüßte und dadurch in die politische Bedeutungslosigkeit versank.

Die im Riexinger/Kipping/Schindler-Papier geäußerte Vorstellung, die Regierungsbeteiligung mit einer Systemtransformation in Richtung demokratischen Sozialismus verbinden zu können, ist aktuell unrealistisch. Es gibt für eine solche politische Perspektive, so wünschenswert sie grundsätzlich ist, keinen Koalitionspartner, kein politisches Mandat der Wähler und die Verwerfungen, die eine derartige Transformation auslösen würde, wären kaum praktikierbar.

Zu beachten ist auch, dass eine kleine Partei in einer Koalition ihre Ziele nur dann in einem überproportional hohen Maße durchsetzen kann, wenn sie als „Zünglein an der Waage“ agiert. Von einer derartigen Rolle kann bei den LINKEN aktuell keine Rede sein. Einzig die Grünen haben im Augenblick die Möglichkeit, als Mehrheitsbeschaffer alle anderen Parteien zu erpressen. Und in einer Koalition mit der CDU können sie zudem ihr politisch bürgerliches Klientel am besten bedienen. Für die

SPD, die zur Mandatsträgerpartei verkommen ist, wird es letztlich auch angenehmer sein, mit der CDU weiter zu koalieren.

Zumal die LINKE aktuell selbst durch die Krise ihrer Milieus verunsichert und alles andere als eine wachsende Partei ist, die mögliche Partner auf diese Weise inhaltlich steuern kann. Die Gewinne der LINKEN im Westen, dort insbesondere in den Großstädten, gehen einher mit Verlusten im Osten, weil im Westen eher postmaterialistische Milieus (z. B. kritische Bildungsbürger) angesprochen werden, deren thematische Schwerpunkte nicht mit den materialistisch orientierten Milieus

angesichts der Gefahr eines gesellschaftlichen Rollbacks hin zu einem autoritären Staatsumbau, der sich immer weiter öffnenden Schere zwischen Arm und Reich, gravierenden regionalen, nationalen und europäischen Strukturunterschieden, der Klimakrise und der Krise der fossilen Industrien und einem sich auf rund eine Billion Euro belaufenden Investitionsstaus der öffentlichen Infrastruktur bedarf es nach 16 Jahren Merkeltillismus dringend eines politischen und ökonomischen Umdenkens. Auch das Mehr an sozialer Gerechtigkeit, für das die LINKE einsteht, ist die entscheidende Voraussetzung dafür, den elektoralen Erfolg der AfD langfristig zu dämpfen,

plan funktionieren, der anhand der Realisierbarkeit strukturiert und modular aufgebaut sein sollte, quasi ein Masterplan für die Regierungsbeteiligung. Darin ist festzulegen, wann welche Ziele erreicht werden und durch welche konkreten Gesetzesvorhaben und Initiativen das geschehen wird. Denn unkonkrete Forderungen und Versprechen werden vom Wähler schnell als unrealistisch eingestuft und nur selten mit einem positiven Wahlentscheid belohnt. Wer also als Partei kein Mehrheitsbeschaffer ist, der muss mit politischen Planungen, die von kompetentem Personal glaubhaft vertreten werden, die anderen Parteien in der Öffentlichkeit unter Druck setzen. Es wäre zu wünschen, dass angesichts der richtigen inhaltlichen Ausrichtung der LINKEN, die Personen, die über die notwendige Ausstrahlung verfügen wie Wagenknecht, Gysi, Bartsch und Nachwuchsleute wie Fabio de Masi zu den linken Schwerpunktthemen wie Schaffung von bezahlbarem Wohnraum, gerechter Steuerpolitik, aktive staatliche Investitions- und Wirtschaftspolitik, Durchsetzung eines armutsfesten Mindestlohns inklusive Schutz vor Altersarmut jeweils eine konkrete Planung vorlegen würden, die wissenschaftlich fundiert und in vier Jahren umsetzbar ist. Mit derartigen konkreten Plänen ließe sich in der Öffentlichkeit viel verlorener Boden gut machen, weil damit die Chance eröffnet würde, mit sozialen Themen öffentliche Meinungsführerschaft zurückzuerlangen,



■ Quo vadis Dietmar Bartsch? Foto: Stefan Kraus

aus (z. B. abstiegsbedrohte Mittelschichten) im Osten auf den ersten Blick in Einklang zu bringen sind. Die Überwindung dieser Spaltung funktioniert nicht durch eine einseitige Auf- bzw. Abwertung der jeweils anderen Position, sondern durch die Erkenntnis, dass Arbeitsplatzsicherung in strukturschwachen Regionen und ökologischer Gesellschaftsumbau ein und dieselbe Sache sind.

Ob eine Regierung mit linker Beteiligung überhaupt eine Mehrheit erhält, ist aufgrund der aktuellen Umfragewerte unsicher. Allerdings haben Teile der SPD und der Grünen mittlerweile erkannt, dass ein neoliberales Durchregieren nicht mehr funktioniert, da die dysfunktionalen Kräfte, die auf diese Weise entstehen, so gewaltig sind, dass der Bestand des politischen Systems gefährdet wird. Damit sinkt automatisch die Gefahr für die LINKE, neoliberale Politik gegen ihre eigene Klientel zu betreiben, was unbedingt vermieden werden muss.

weil nur so die abstiegsbedrohten Mittelschichten die gesellschaftliche Aufwertung erhalten, um sich von der AfD abzuwenden. Eine Regierungsbeteiligung scheint vor dem Hintergrund dieser Herausforderungen der einzig richtige Schritt zu sein, nachdem es seit 15 Jahren nicht gelungen ist, die gesellschaftlichen und ökologischer Gesellschaftsumbau ein und dieselbe Sache sind.

Der insgesamt schlechte Zustand der Partei zeigt sich auch daran, dass selbst die Befürworter einer Regierungsbeteiligung nicht besonders gut darauf vorbereitet zu sein scheinen. Außer einigen vagen Äußerungen war bisher nicht allzu viel aus ihren Reihen zu hören. Der auch von ihnen als erforderlich erachtete gesellschaftliche Umbau kann nur als mittel- und langfristiger Entwicklungs-

prozess funktionieren, der anhand der Realisierbarkeit strukturiert und modular aufgebaut sein sollte, quasi ein Masterplan für die Regierungsbeteiligung. Darin ist festzulegen, wann welche Ziele erreicht werden und durch welche konkreten Gesetzesvorhaben und Initiativen das geschehen wird. Denn unkonkrete Forderungen und Versprechen werden vom Wähler schnell als unrealistisch eingestuft und nur selten mit einem positiven Wahlentscheid belohnt. Wer also als Partei kein Mehrheitsbeschaffer ist, der muss mit politischen Planungen, die von kompetentem Personal glaubhaft vertreten werden, die anderen Parteien in der Öffentlichkeit unter Druck setzen. Es wäre zu wünschen, dass angesichts der richtigen inhaltlichen Ausrichtung der LINKEN, die Personen, die über die notwendige Ausstrahlung verfügen wie Wagenknecht, Gysi, Bartsch und Nachwuchsleute wie Fabio de Masi zu den linken Schwerpunktthemen wie Schaffung von bezahlbarem Wohnraum, gerechter Steuerpolitik, aktive staatliche Investitions- und Wirtschaftspolitik, Durchsetzung eines armutsfesten Mindestlohns inklusive Schutz vor Altersarmut jeweils eine konkrete Planung vorlegen würden, die wissenschaftlich fundiert und in vier Jahren umsetzbar ist. Mit derartigen konkreten Plänen ließe sich in der Öffentlichkeit viel verlorener Boden gut machen, weil damit die Chance eröffnet würde, mit sozialen Themen öffentliche Meinungsführerschaft zurückzuerlangen,

weil nur so die abstiegsbedrohten Mittelschichten die gesellschaftliche Aufwertung erhalten, um sich von der AfD abzuwenden. Eine Regierungsbeteiligung scheint vor dem Hintergrund dieser Herausforderungen der einzig richtige Schritt zu sein, nachdem es seit 15 Jahren nicht gelungen ist, die gesellschaftlichen und ökologischer Gesellschaftsumbau ein und dieselbe Sache sind.

Der insgesamt schlechte Zustand der Partei zeigt sich auch daran, dass selbst die Befürworter einer Regierungsbeteiligung nicht besonders gut darauf vorbereitet zu sein scheinen. Außer einigen vagen Äußerungen war bisher nicht allzu viel aus ihren Reihen zu hören. Der auch von ihnen als erforderlich erachtete gesellschaftliche Umbau kann nur als mittel- und langfristiger Entwicklungs-

prozess funktionieren, der anhand der Realisierbarkeit strukturiert und modular aufgebaut sein sollte, quasi ein Masterplan für die Regierungsbeteiligung. Darin ist festzulegen, wann welche Ziele erreicht werden und durch welche konkreten Gesetzesvorhaben und Initiativen das geschehen wird. Denn unkonkrete Forderungen und Versprechen werden vom Wähler schnell als unrealistisch eingestuft und nur selten mit einem positiven Wahlentscheid belohnt. Wer also als Partei kein Mehrheitsbeschaffer ist, der muss mit politischen Planungen, die von kompetentem Personal glaubhaft vertreten werden, die anderen Parteien in der Öffentlichkeit unter Druck setzen. Es wäre zu wünschen, dass angesichts der richtigen inhaltlichen Ausrichtung der LINKEN, die Personen, die über die notwendige Ausstrahlung verfügen wie Wagenknecht, Gysi, Bartsch und Nachwuchsleute wie Fabio de Masi zu den linken Schwerpunktthemen wie Schaffung von bezahlbarem Wohnraum, gerechter Steuerpolitik, aktive staatliche Investitions- und Wirtschaftspolitik, Durchsetzung eines armutsfesten Mindestlohns inklusive Schutz vor Altersarmut jeweils eine konkrete Planung vorlegen würden, die wissenschaftlich fundiert und in vier Jahren umsetzbar ist. Mit derartigen konkreten Plänen ließe sich in der Öffentlichkeit viel verlorener Boden gut machen, weil damit die Chance eröffnet würde, mit sozialen Themen öffentliche Meinungsführerschaft zurückzuerlangen,

größter Streitpunkt für eine Regierungsbeteiligung wird die Außenpolitik sein. Auch hier gilt ein pragmatisches Vorgehen. Wichtig wäre im ersten Schritt, innerhalb der Regierung antimilitaristische und antisanktionistische Ansätze zu verfolgen und darauf zu drängen,

gewaltfreie Konfliktlösungen durchzusetzen.

Auch wäre die LINKE gut beraten, wenn sie sich mit dem Widerstand der bürgerlichen Presse, allen voran der B-Zeitung und der Verwaltung im Falle einer Regierungsbeteiligung auseinandersetzen würde. Die behandelnden Elemente in der Verwaltung würden das Regieren linker Minister erheblich erschweren. Eine Regierungsbeteiligung hätte aber den positiven Nebeneffekt, dass auch LINKE in leitende Positionen innerhalb von Exekutive und Judikative kämen und damit linke Inhalte auch nach einem Koalitionsende in der Verwaltung präsent wären. Ein derartiger Personenkreis ist auch ein Pfand in den durch die Ausdifferenzierung des Parteiensystems immer stärker umkämpften Überbauten und den damit verbundenen autoritären Angriffen von rechts.

Ohne die LINKE in der Regierung ist eine politische Kehrtwendung nicht zu erreichen, weil nur sie eine lösungsorientierte Krisenanalyse zu leisten vermag und die richtigen Antworten dafür hat. Es wäre deshalb schade, wenn erneut die Chance vertan werden würde, über den Eintritt in die Regierung die sozialen Verhältnisse zu verbessern.

licht

Tote Sprache?

Den meisten Menschen gilt Latein als tote Sprache. Dennoch werden Schüler*innen deutscher Gymnasien mit dem *De Bello Gallico*, der *Germania* und *Metamorphosen* von Ovid „gequält“. Erst Jahre später erkennen viele von den humanistischen Bildungsmühen traktierten Ge- oder Verbildeten die Bedeutung der angeblich abgestorbenen Sprache für die eigene, denn unsere Sprache strotzt nur so von Wörtern aus lateinischen Anlehnungen. Noch gegenwärtiger war bis vor Kurzem das Latein in einem Land, wo man es sicher nicht vermutet hätte: Finnland. Einmal in der Woche sendete der Radiosender YLE Nachrichten in lateinischer Sprache. Die „Nuntii Latini Septimanales“ liefern zur Hauptsendzeit, ein lateinischer Wochenrückblick. Zusätzlich wurden einmal monatlich die „Nuntii Latini mesis“ ausgestrahlt mit den wichtigsten Nachrichten des vorangegangenen Monats. Im Juni 2019 wurden die „Nuntii...“ wegen zu geringer Hörerzahlen (bis zu 40.000) eingestellt.

Wer auf Nachrichten in lateinischer Sprache nicht verzichten will, kann seit 2001 einmal monatlich Radio Bremen einschalten und die „Nuntii Latini“ hören. Selbst vor den östlichen Bundesländern stoppte die „Wiederentdeckung“ der „toten“ Sprache nicht. Seit Juli 2015 sendet Radio F.R.E.I. aus Erfurt einen wöchentlichen 15minütigen Nachrichtenblock in Latein. Der Rundfunk spielt demnach eine erhebliche Rolle zur Erhaltung sprachlichen Kulturguts.

red

Deutsche Hörer!

Stefan Kraus

Die Entwicklung der Radiotechnik und die massenhafte Ausstattung der Haushalte mit Empfangsgeräten ermöglichten es erstmalig im 2. Weltkrieg, die Bevölkerung des Feindes mit Propagandasendungen zu erreichen.

Die BBC in London verfügte über leistungsstarke Sendeanlagen, die per Langwelle weit nach Mitteleuropa ausstrahlten. Deutschland mit seinen damals rund 16 Mio. Rundfunkteilnehmern bot optimale Möglichkeiten, um gegen die Nazi-Diktatur Öffentlichkeit herzustellen. Viele deutsche Exilanten arbeiteten im 2. Weltkrieg für die Alliierten. Thomas Mann, der sich seit Ende der 1920er Jahre immer wieder gegen den deutschen Faschismus positioniert hatte, war der Profiliteste in dieser langen Reihe. Die BBC hatte ihn im Herbst 1940 gebeten, Rundfunksprachen zu halten. In insgesamt 58 Radiosendungen, die er immer mit der Anrede „Deutsche Hörer“ begann, sprach Thomas Mann von Oktober 1940 bis November 1945 jeweils sechs bis sieben Minuten über die aktuelle politische Lage, den Kriegsverlauf und klärte die deutschen Hörer über den wahren Charakter des deutschen Faschismus auf. Seine Ansprachen waren aber auch Mahnungen an das Gewissen der Deutschen und sollten zum Widerstand gegen den deutschen Faschismus auftrütteln.

Gegenöffentlichkeit

Bis zum Kriegseintritt der USA versuchte Mann, die Siegeszuversicht der Deutschen zu erschüttern, indem er darauf hinwies, dass die USA nicht neutral bleiben würden und England nicht isoliert sei, wie man in Deutschland annahm. Er sprach regelmäßig über Roosevelt und seine Rolle als entschiedener Nazi-Gegner.

Bevor Hitler den Krieg gegen die Sowjetunion begann, setzte der Autor der Buddenbrooks auf den Widerstandswillen Englands und der USA. Nach dem Überfall auf die Sowjetunion betonte Mann die Isolierung und Chancenlosigkeit Deutschlands. Dabei beschrieb er auch die katastrophalen Folgen des Krieges, die für Deutschland einem Erdbeben gleichkommen würden, sobald die Alliierten ihre Überlegenheit voll zur Geltung brächten. Die Hoffnung auf einen Verhandlungsfrieden stellte er als illusorisch dar. Er erläuterte auch das Verhängnis, in dem sich die Alliierten angesichts des irrationalen deutschen Widerstandswillens befanden und sie seines Erachtens dazu zwang, brutale und auch innenpolitisch sehr umstrittene Maßnahmen wie die Bombardierung deutscher Großstädte anzuwenden. Er betonte, dass das Verhalten der Nazis den Alliierten keine andere Wahl ließe, da es Ziel des deutschen Faschismus war, die zivilisierte Welt zu zerstören.

Die Vernichtung der europäischen Juden und die systematische Ermordung der slawischen Bevölkerung machte Thomas Mann immer wieder zum Gegenstand seiner Ansprachen. Im Nov. 1941 erwähnte er die ersten Massenvergasungen. Im Juni 1942 erklärte er über die Zerstörung Lidices und die Ermordung seiner Bewohner auf. Im Januar 1945 informierte er sehr ausführlich über die Vernichtungslager.

Thomas Mann machte auf die Arbeit der deutschen Widerstandskämpfer

aufmerksam und erwähnte die „Weiße Rose“ sowie das „Nationalkomitee Freies Deutschland“. Den politischen Selbstreinigungsprozess Italiens im Sommer 1943, als Mussolini abgesetzt wurde und ein Waffenstillstand mit den Alliierten zustande kam, nannte er als Vorbild, verbunden mit der Hoffnung auf eine ähnli-



■ Thomas Mann während einer Radiosendung „Deutsche Hörer!“ der BBC/ videouroki.net

che Entwicklung in Deutschland.

Faschismusanalyse

Eines seiner zentralen Anliegen war die Auseinandersetzung mit dem Wesen des deutschen Faschismus. Thomas Mann unterschied regelmäßig zwischen den Nazis und dem deutschen Volk, betonte aber gleichzeitig, dass die Deutschen sich nicht als losgelöst von den Nazis betrachten können, sondern für ihr Tun verantwortlich seien. In seinen ersten Ansprachen nannte er die Leichtgläubigkeit der Deutschen zusammen mit ihrem Gehorsam als Grund, warum der Faschismus an die Macht gelangt war. Im August 1941 gewann seine Analyse an Tiefe, als er darauf

hinwies, dass die Romantik in Deutschlands mit ihrer irrationalen Weltanschauung wie ein ideengeschichtlicher Brandbeschleuniger des deutschen Faschismus gewirkt habe. Bemerkenswert war auch sein Hinweis, dass sich die Nazis die globale Krise Anfang der 1930er Jahre mit ihren gravierenden Verwerfungen zwischen ökonomischer Freiheit und sozialer Ungleichheit zu Nutzen machten. Im Februar 1944 betonte er in seiner Ansprache die Bedeutung des Finanzkapitals als Geldgeber Hitlers und verwendete erstmals ein marxistisches Deutungsmuster, was Manns Entwicklung in Richtung einer gemäßigten sozialistischen Geisteshaltung seit Beginn seines Exils unterstreicht. Auch wurde er nicht müde, auf das Niederträchtige und Irrationale des deutschen Faschismus hinzuweisen. Die von den Nazis forcierte Entschlückung der Welt machte sie zu Verhütern aller vernünftigen Ideen. Auch die Verlogenheit der Nazis machte er ständig zum Thema und verdeutlichte diese daran, dass sie ständig Dinge einforderten, die sie selbst abgeschafft hatten und mit Füßen traten.

Bereits 1940 wagte er einen Ausblick auf die anzustrebende Weltordnung nach dem Kriegsende, die an dem Ziel eines neuen Gleichgewichts zwischen Freiheit und Gerechtigkeit orientiert sein müsste. Regelmäßig betonte er die Notwendigkeit eines Ausgleichs zwischen Demokratie und Sozialismus als neues Konzept für Europa. In seiner Rede vom März

1944 erklärte er, dass „Europa ... sozialistisch sein [wird], sobald es frei ist.“

Schwierige Sendebedingungen

Die Ausstrahlung der Ansprachen musste erhebliche logistische Hürden nehmen. Die Sendungen wurden per Langwelle übertragen, da die „Volksempfänger“ nur Lang- und Mittelwelle empfangen konnten. Die ersten vier Ansprachen wurden von einem Sprecher in London verlesen. Um den Ansprachen größere Authentizität zu verleihen, sollte Mann die Ansprachen selbst vortragen. Zu diesem Zweck musste ein komplizierter Übertragungsmodus in Gang gebracht werden. Thomas Mann, der in Kalifornien im Exil lebte, sprach in einem dortigen Studio seinen Beitrag auf Schallplatte. Von dort wurde die Schallplatte nach New York geschickt, telefonisch nach London überspielt, erneut auf Schallplatte aufgezeichnet und abgespielt. Erstmals im März 1941 war Manns Stimme, wenn auch nur von Platte, zu vernehmen.

Die Wirkung seiner Rundfunksprachen dürfte nicht die gewesen sein, die man sich davon versprochen hatte. Manns in den Ansprachen vertretene Auffassung, dass sich die Deutschen mehrheitlich von Hitler abgewandt hätten, bewahrheitete sich nicht. Insbesondere die bürgerlichen Schichten lehnten sich nicht gegen den deutschen Faschismus auf. Die Bedeutung seiner Ansprachen ist deshalb darin zu sehen, dass sie für den Kampf von Tausenden von Deutschen gegen die Nazi-Diktatur in den Reihen der Alliierten zeugen. Mehrfach in Buchform veröffentlicht, zeigen sie einen anderen, nämlich politisch engagierten Thomas Mann, der so gar nicht in das Bild des unpolitischen Großbürgers passt, wie ihn das bürgerliche Feuilleton gern darstellt.

Die Bestandsgarantie von ARD & Co.

Matthias Mních

Tagesschau, Tator und Werten das... - die Bekanntheit und Reichweite des öffentlich-rechtlichen Rundfunks sind beachtlich, wenn auch abnehmend. Nach den Erfahrungen des Faschismus gaben die Briten ihr Rundfunksystem den Deutschen weiter. Die erfolgreiche BBC hatte und hat zwei Grundkonstanten: Rundfunk muss Qualität bieten und staatsfern sein.

Nach diesem Prinzip ist der öffentlich-rechtliche Rundfunk aufgebaut und strukturiert. An seiner Seite steht seit vielen Jahrzehnten zuverlässig das Bundesverfassungsgericht. In wesentlichen Entscheidungen bekannte sich Karlsruhe zur Rundfunkfreiheit, wie wir sie heute kennen.

Das erste Urteil dieser Reihe stammt von 1961 und wird als *Fernsehurteil* bezeichnet. Darin verwarf das BVerfG das als „Adeunauer-Fernsehen“ angedacht staatsnahe Bundesfernsehen, da die Kompetenz für den Rundfunk gemäß Art 30 GG den Ländern

zusteht. Der (öffentlich-rechtliche) Rundfunk hat staatsfern zu sein. Die Länder gründeten 1961 das ZDF, welches 1963 an den Start ging. Im zweiten Rundfunk-Urteil (1971) bestätigte Karlsruhe, dass die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten keine Umsatzsteuer zahlen müssen, da sie keine Gewerbebetriebe sind, sondern *integrierende Funktionen für das Staatsganze erfüllen, indem sie Aufgaben öffentlicher Verwaltung wahrnehmen*. In Folge des dritten Rundfunk-Urteils (1981) kam es zur Gründung erster privater Rundfunkanstalten aufgrund neuer Landesmediengesetze. Die Karlsruher Richter erlaubten auf politischer Initiative der CDU die heute bekannte duale Ordnung von privaten neben den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanbietern.

Mit dem vierten Rundfunk-Urteil hat das Verfassungsgericht 1986 deutlich gemacht, dass es zwischen öffentlich-rechtlichem und Privatfunk einen Qualitätsunterschied gibt. Die gebührenfinanzierten Programme haben die Grundversorgung sicherzustellen. Dieser Grundversorgungsauftrag umfasst drei Elemente: die allgemeine, flächendeckende Empfangbarkeit der

öffentlich-rechtlichen Programme, die Gewährleistung eines inhaltlichen Standards der Programme und die Sicherung der Meinungsvielfalt. Das fünfte Rundfunk-Urteil präziserte 1987 den Begriff der Grundversorgung und gewährte neben der Bestands- auch die Entwicklungsgarantie des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Das Gericht stellte klar: Grundversorgung heißt nicht Minimalversorgung. Es ist nicht zulässig, den Privatfunk dadurch zu schützen, indem man neue öffentlich-rechtliche Programme verbietet. Aufgrund dieser Entscheidung konnten die öffentlich-rechtlichen Stationen Forderungen einbringen, die privaten Anbietern vorbehalten bleiben sollten.

Mit dem sechsten Rundfunk-Urteil präziserte das Verfassungsgericht 1991 die Bestands- und Entwicklungsgarantie des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und bestätigte die Mischfinanzierung aus Gebühren und Werbeeinnahmen. Das siebte und achte Rundfunk-Urteil beschäftigten sich 1992 und 1994 nochmals mit der Finanzierung und gebot den Ländern, eine funktionsgerechte finanzielle Ausstattung zu sichern. Es darf keine Programmlenkung durch

die Hintertür der Gebührenfestsetzung betrieben werden.

Im neunten Rundfunk-Urteil (1995) werden europarechtliche Probleme erörtert. Der Bund ist nach dem Gebot des bundesfreundlichen Verhaltens verpflichtet, gegenüber der EU die Belange der für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk zuständigen Länder zu vertreten. Das zehnte Rundfunk-Urteil (1998) betraf die Kurzberichterstattung von Sportveranstaltungen. Für diese werden die Rechte zumeist exklusiv verkauft. Es muss aber eine Kurzberichterstattung möglich sein. Zwar ist dafür ein angemessenes Entgelt zu zahlen; es muss aber gesichert bleiben, dass das *Kurzberichterstattungsrecht nicht durch überhöhte Entgelte ausgehöhlt wird*.

Im elften Rundfunk-Urteil stellte das Verfassungsgericht ebenfalls 1998 klar, dass das Grundrecht der Rundfunkfreiheit auch für die privaten Rundfunkanbieter gilt. *Die Rundfunkfreiheit ist in ihrem Kern Programmfreiheit*. Dieses Grundrecht steht *ohne Rücksicht auf öffentliche rechtliche oder privatrechtliche Rechtsform allen natürlichen und juristischen Personen zu, die Rundfunkprogramme veranstalten*. Im zwölften Rundfunk-

Urteil beschäftigte sich Karlsruhe 2007 nochmals mit dem Verfahren zur Festsetzung der Rundfunkgebühr und verlangte, dass die Gebührenfestsetzung frei von medienpolitischer Zielsetzung sein muss.

Das dreizehnte Rundfunk-Urteil (2008) betrifft die Beteiligung von politischen Parteien an Privatfunkgesetz verbot Parteien die Zulassung beim privaten Rundfunk. Dagegen klagten SPD-Vertreter erfolgreich. Das vierzehnte und bislang letzte Rundfunk-Urteil von 2014 betraf die Zusammensetzung der Rundfunkräte. Danach ist der *Einfluss der staatlichen und staatsnahen Mitglieder in den Aufsichtsgremien konsequent zu begrenzen. Ihr Anteil darf ein Drittel der gesetzlichen Mitglieder des jeweiligen Gremiums nicht übersteigen*.

So sehr man sich mitunter über die Tagesschau ärgert und über Volksmusiksendungen lästert, letztlich können wir doch froh sein, in Deutschland über ein funktionierendes System des öffentlich-rechtlichen Rundfunks auf angemessenem Niveau zu verfügen.

Eine Institution wankt: Auntie BBC in der Defensive

Bernd M. Hoffmann

Wer an einem Assoziationspiel teilnimmt, in dem die wichtigsten Institutionen des britischen Alltags abgerufen werden, darf sicher sein, dass sehr schnell die ehrwürdige *British Broadcasting Corporation* genannt wird. Als allgemein geachtete Institution besteht sie seit fast hundert Jahren. Ihr klassenübergreifend ursprünglich guter Ruf beim Publikum rührt wohl daher, dass die weitgefächerten Radio- und später dazukommenden Fernsehprogramme auf alle Schichten und Bildungsniveaus ausgerichtet waren. Umgangssprachlich wird die BBC bis heute manchmal als „*The Beeb*“, „*Auntie*“ bezeichnet oder zu „*Auntie Beeb*“ kombiniert.

Die Anfänge eines Mythos

In den 1920er Jahren hatte die BBC die private Konkurrenz ausmanövriert und eine Monopolstellung im Rundfunkbereich inne. Die Regierung in Gestalt der Staatspost (*General Post Office*) hatte nämlich die Übertragungsrechte für Rundfunksendungen ausschließlich an ein Konsortium von Radioherstellern unter Führung von John Reith, einem schottischen Calvinisten, vergeben, sämtlichen anderen Konkurrenten hingegen eine endgültige Absage erteilt. Finanziert wurde die Firma durch Gebühren, die die Käufer von Radioapparaten zu entrichten hatten. Der Programmauftrag (in der Theorie bis heute): Informieren, bilden und unterhalten. Unparteilich-

keit, eine gewisse Politikferne, Ausgewogenheit, aber auch Patriotismus und Loyalität zur Monarchie waren die Leitlinien für die journalistische Arbeit. Dass diese hehren Prinzipien nicht eingehalten wurden und vielleicht nicht einzuhalten waren, sollte sich bald zeigen. Zumindest Unparteilichkeit fehlte bereits im Mai 1926 bei der Berichterstattung über den neuntägigen, letztlich erfolglosen Generalstreik der Gewerkschaften gegen Lohnkürzungen und unerträgliche Arbeitsbedingungen im Bergbau sowie gegen Aussperrungen streikender Kumpel.

John Reith war sich bewusst, dass die Regierung Baldwin die Macht hatte, die BBC jederzeit als Sprachrohr zu missbrauchen. Andererseits wollte er, um das Vertrauen der Öffentlichkeit nicht aufs Spiel zu setzen, den Eindruck erwecken, der Sender berichte unabhängig. Brieflich sicherte er der Regierung zu, „*nicht wirklich unparteiisch zu sein*“. Damit umging er direkte Weisungen von dort. Dass Reith Premierminister Baldwin in seine Privatwohnung einlud, um von dort dessen Stellungnahmen zu verbreiten, blieb der Öffentlichkeit verborgen, ebenso die Tatsache, dass die Übermittlung eines Friedensappells des Bischofs von Canterbury so lange verzögert wurde, dass dieser keine Wirkung mehr hatte. Zudem veröffentlichte die BBC Einschätzungen von Labour-Politikern überhaupt nicht. Da aber trotzdem beide Seiten, also auch die Streikenden, zu Wort kamen, waren Millio-

nen von Hörern von der scheinbar objektiven Berichterstattung im Radio beeindruckt. Während die BBC auch heute noch den positiven Eindruck ihrer ausgewogenen Darstellung des Generalstreiks betont, kommt die Historikerin Jean Seaton zu einem anderen Urteil. Sie charakterisiert diese Episode aus den zwanziger Jahren als „*die Erfindung moderner Propaganda in ihrer britischen Form*.“

Die Entwicklung nach 1945

Bis weit in die 1950er und 1960er Jahre zehnte die BBC von ihrem früh erworbenen Renommee, das sich durch die patriotische, zugleich aber professionellen journalistischen Kriterien fanigende Kriegsberichterstattung noch gesteigert hatte. Spätestens mit dem Amtsantritt Margaret Thatchers sollte sich dies ändern. Ein witziger Zeitgenosse hat einmal formuliert, die BBC habe zu den Institutionen gehört, an denen die seinerzeitige Premierministerin nicht vorbeigehen konnte, ohne mit der Handtasche auf sie einzuschlagen. Sie fand die Ausrichtung parteiisch, also gegen sie gerichtet. Den Riesenapparat hielt sie für unökonomisch. Wie andere *Prime Ministers* vor und nach ihr wollte sie die öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalt umgestalten, am besten in einen effizienten privaten Großkonzern ohne Teilnehmergebühren. Das ist nicht gelungen, aber die Kritik an der Organisation ist nicht mehr verstummt und die BBC steht heute aus mehreren Gründen unter Druck.

Eine Institution in Bedrängnis

Durch die Digitalisierung ist die Abwanderung junger Hörer und Zuschauer unvermeidlich gewesen. Die Vervielfachung von Nachrichtenkanälen, die Aufsplitterung von Übertragungsrechten bei Sport-Events, die weltweite Vernetzung von Neitzgruppen jedweder Art, die Nutzung von Meinungsplattformen zur direkten Kommunikation mit „Followern“ – all dies setzt staatsnahen Institutionen, die „informieren, bilden, unterhalten“ wollen und dabei kritisch sein sollen, enorm zu.

Gegenwärtig speist sich die Kritik an der BBC aus mehreren Quellen. Linke beklagen den Mangel an Progressivität. Die Konservativen beschwerten sich über die linksliberale Schlagseite des Senders. So hat sich Boris Johnson im letztjährigen Wahlkampf einem Interview mit dem konsequent nachfragenden Redakteur Andrew Neil verweigert. Feminist*innen geißeln die geringere Entlohnung von Frauen im Sender und kritisieren, dass der neue Direktor keine Direktorin ist. Islamistische Gruppen unterstellen der Institution Rassismus und Islamophobie. Da wegen Budgetkürzungen Stellen vor und nach ihr wollte sie die öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalt umgestalten, am besten in einen effizienten privaten Großkonzern ohne Teilnehmergebühren. Das ist nicht gelungen, aber die Kritik an der Organisation ist nicht mehr verstummt und die BBC steht heute aus mehreren Gründen unter Druck.

(Zurschaustellung moralischer Überlegenheit / „Tugendprotzerei“) zu unterlassen. Man fühlt sich an Metternich erinnert: Davie erwartet, dass alle BBC-Angestellte im Netz keine Meinungen zu aktuellen politischen Fragen abgeben oder politische Kampagnen publizistisch unterstützen, auch dann nicht, wenn sie das Nutzung von Meinungsplattformen zur direkten Kommunikation mit „Followern“ – all dies setzt staatsnahen Institutionen, die „informieren, bilden, unterhalten“ wollen und dabei kritisch sein sollen, enorm zu.

Ein Hoffnungsschimmer

Lassen wir Polly Toynbee, Kolumnistin beim Guardian das letzte Wort. Nach dem Wahlsieg des Brexiters Boris Johnson und seines Antreibers Dominic Cummings, als die neueste Konfrontation von Konservativen und der BBC schon in vollem Gange war, schrieb sie, die selbst sieben Jahre bei der „Beeb“ gearbeitet hatte: „*Leute mit ausgeprägten politischen Meinungen beurteilten die BBC als zu links- oder rechtslastig. Allerdings trauen fünf Mal mehr Leute den BBC-Nachrichten als den News des größten Rivalen ITV. An die BBC wenden sich die Leute – sogar die jungen. Im Zeitalter von Fake News braucht das Land den unvergleichlichen Faktencheck der BBC. Ihr glauben die Leute.*“

Donald Trump abgewählt, die Spaltung des Landes vertieft

Peter Lebrmann

Die amerikanischen Bürger und Bürgerinnen wussten, warum sie am 3. Nov. 2020 wählen gingen: nichts weniger als die Demokratie stand auf dem Spiel.

Donald Trump: eine Schadensbilanz

Der 45. Präsident der USA, ein Immobilienmogul, hat aus seiner Bewunderung für autokratische Herrscher und seiner Verachtung für demokratische Spielregeln keinen Zweifel gelassen. Er hat stets eine Offenlegung seiner privaten Besitzverhältnisse verweigert und sein Amt genutzt, um sich zu bereichern. Er hat Gesetze und Verträge ausgehebelt, um sie durch (erpresserische) „Deals“ zu ersetzen. Kompromisse und Kooperation, die für Demokratien essentiell sind, betrachtet er als Verliereroptionen.

Trump hat die Funktionsfähigkeit von demokratischen Institutionen beschädigt, kompetente, der Allgemeinheit verpflichtete Amtsträger durch ihm ergebene Ja-Sager ersetzt. Noch eine Woche vor seiner möglichen Abwahl hat er skrupellos die erzkonservative Katholikin Amy C. Barrett an den obersten Gerichtshof berufen, um die konservative Mehrheit auszuweiten.

Trump ist unfähig, komplexe Gedanken zu formulieren, aber gerissen genug, um die Grenze zwischen wissenschaftlichen Fakten und bloßen Meinungen, Wahrheit und Lüge zu verwischen. Er konnte so bei seinen Anhängern die Bedrohungen durch

den Klimawandel und die 230 000 Tote kleinreden, die seine Weigerung, angesichts der Covid-19-Pandemie zu handeln, verursachte. Mit seiner Medienkompetenz gelang es dem ehemaligen Reality-TV-Star, eine eingeschworene Gefolgschaft aufzubauen, sodass er für den 3. Nov. seine Wiederwahl als einziges Ziel ausgeben konnte.

Das Ergebnis der US-Wahlen vom 3.11.2020 (Stand 11.11.20)

Der demokratische Herausforderer Joe Biden machte die Abwahl Trumps und die Wiederherstellung der Demokratie zu den wichtigsten Punkten eines gemäßigt linken Wahlprogramms. Er gab sich glaubhaft als Jedermann und Antithese zu Trump, konnte so eine breite Anti-Trump-Koalition schmieden und etwa fünf Mio. Stimmen mehr als Trump auf sich vereinen. Allerdings zeigen die 71 Mio. Stimmen für Trump, dass die gesellschaftliche Spaltung, die die Wahl Trumps 2016 hervorbrachte, keineswegs überwunden ist.

Warum kam es angesichts der Regierungsbilanz von Trump nicht zu einem Erdrutschsieg für Biden, erhielten die Demokraten im Repräsentantenhaus eine verkleinerte Mehrheit, konnten die Demokraten nicht die Mehrheit im Senat gewinnen?

Während 80 % der demokratischen Wähler Trumps Verhalten in der Pandemie als Katastrophe werteten, billigten es 80 % der Trump-Anhänger. Waffenbesitzer wählten Trump

für das Recht, Waffen zu tragen, Evangelikale für seine Haltung zur Abtreibungsfrage, Schwarze, Latinos und Asiaten für den Traum vom gesellschaftlichen Aufstieg eigener Kraft. Ökonomische Überlegungen motivierten Menschen über 60, deren Altersversorgung von der Höhe der Aktienkurse abhängt, und kleine Gewerbetreibende, die geringe Steuern und geringe Umwelt-, Sicherheits- und Sozialstandards befürworten, Trump zu wählen.

Trump konnte sich zum Fürsprecher der von gesellschaftlichem Abstieg bedrohten Bevölkerungsgruppen in den Kleinstädten und ländlichen Gebieten machen. Er konnte ihre Ängste bündeln und sie als Wut auf Immigranten, Andersfarbige, Andersdenkende und die Eliten lenken, obwohl er selbst zur Elite gehört und seine Politik primär den reichen Geldgebern dient.

Es herrscht unter den weißen, christlich-patriarchalisch geprägten Wählern eine nahezu apokalyptische Angst, die Mehrheit und damit die Macht im Lande zu verlieren. Trump erschien ihnen ein Garant dafür zu sein, die zahlenmäßige und ideelle „Überlegenheit“ der Weißen zu verteidigen, die Einwanderung aus muslimischen Ländern zu unterbinden und gegen Einwanderer aus Lateinamerika eine Mauer an der Grenze zu Mexiko zu bauen.

Das von den Gründungsvätern der USA ausgeklügelte Wahlsystem bevorzugt dünn besiedelte, ländlich geprägte, von Weißen bewohnte

Bundesstaaten gegenüber urban geprägten Staaten mit einer multi-ethnischen Bevölkerung. So entsendete Kalifornien mit einer Bevölkerung von 40 Mio. nur 55 Wahlleute, entsenden 20 kleinere Staaten mit einer Gesamtbevölkerung von 38 Mio. dagegen 92 Wahlleute in das Wahlkolleg, das den Präsidenten kürt. Hätte Biden nicht einige „Swingstates“ mit kleiner Stimmenmehrheit gewonnen, hätte ihm, wie schon Al Gore im Jahre 2000 und Hilary Clinton 2016, seine Stimmenmehrheit möglicherweise nicht zur Präsidentschaft gereicht.

Im Senat hat jeder Bundesstaat zwei Senatoren, Wyoming mit 500 000 und Kalifornien mit 40 Mio. Einwohnern. Eine Wählerstimme in Wyoming ist damit achtzigmal so viel wert wie in Kalifornien. Wenn die Urbanisierung sich im bisherigen Maß bis 2040 fortsetzt, dann werden 30 % der Wähler, die in den bevölkerungsarmen Bundesstaaten leben, die Besetzung von 70 % der politischen Ämter auf nationaler Ebene bestimmen. Schon jetzt nutzen die Republikaner ihre Macht in einzelnen Bundesstaaten, um nichtweißen Bürgern die Wahlteilnahme schwer zu machen und Wahlbezirke so zu schneiden, dass sie mit relativ wenigen Stimmen viele Mandate erringen können.

Bidens Aufgaben

Wer die Schadensbilanz der Ära Trump liest, bekommt eine Ahnung von der Arbeit, die auf Joe Biden und seine Administration wartet. Biden hat die Covid-Pandemie und den Klimawandel als dringende Aufgaben benannt. Er wird ein kluges Handlungskonzept brauchen, das die eigene Parteilinke mit ihren konstruktiven Ideen personell einbindet und mittig genug ist, um den Green New Deal, den die Gesellschaft braucht, gesamtgesellschaftlich durchzusetzen zu können. Verglichen mit der innenpolitischen Herausforderung scheint die Rückkehr zur Multilateralität auf internationaler Ebene einfach zu sein.

Trump Verhalten nach der Wahl

Der Wahltag verlief ruhig, die Stimmenauszählung erfolgte unterschiedlich schnell, aber transparent und zuverlässig. Als Trump noch während des Zählvorgangs seine Siegchancen

Ist da jemand dort draußen?

Susanne Thäslér-Wollenberg

Ein Mann hört Radio, ein auf den ersten Blick unspektakulärer Vorgang. Er ist in der Vorderansicht dargestellt, hinter ihm gibt ein geöffnetes Fenster den Blick auf Industrieanlagen frei. Dicht vor ihm steht sein Radiogerät, es könnte das Loewe-Opta Modell OE 333 sein, wie es seit 1926 in Serie gebaut wurde. Der Mann scheint ganz auf die Botschaften konzentriert, die er durch die Kopfhörer empfängt. Sein Blick ist gesenkt, der Körper wirkt mit der niedergelegten Faust angespannt. Auf dem Papier neben ihm steht „RADIO“ geschrieben, er scheint dort einiges notiert zu haben. Zu lesen sind Zahlen, Daten und der Ort „Leningrad“. Seine einfache Kleidung, der Holztisch und der triste Ausblick schaffen eine sachliche, aber intime Atmosphäre. Trotzdem wirkt die Szene irreal durch die innige Verbindung von Mensch und Technologie. Der Betrachter kann die Person zwar sehen, ist aber ausgeschlossen von dem, was sie hörend erlebt. Der Radiohörer hat Zugang zu etwas Unsichtbarem, den Radiowellen und deren Botschaften.

Magischer Realismus

Trotz der sachlichen Abbildung vermittelt das Bild Spannung, die es aus der Wirklichkeit in eine andere Ebene trägt. Mit seinen malerischen Mitteln beabsichtigt Max Radler eine „Verschmelzung von realer Wirklichkeit und magischer Realität“, die beunruhigt und Fragen aufwirft. Welchen Stimmen und Botschaften lauscht der Mann so versunken? Sind es die Fortentwicklungen im Stalinistischen Russland, über die er unterrichtet wird? Verschafft er sich geheime Informationen? Mag es ein Konzert sein? Das Radiogerät, mit dem er so innig verbunden ist, öffnet ihm akustische Tore. Dreht er am Senderknopf, wird er vielfältige, faszinierende und geheimnisvolle Geräusche wahrnehmen: Rauschen und Pfeifen, ab und zu menschliche Stimmen in fremden Sprachen, Wortfetzen, deren Ursache ein Sen-

der in unendlich weiter Distanz sein könnte.

Mystik und Elektromagnetismus

Alles schien möglich in den Frühzeiten des Radios - auch die Übertragung von Gedanken mittels elektromagnetischer Wellen. Bevor Einstein die Existenz eines allgegenwärtigen unsichtbaren Stoffes, des „Äthers“ widerlegte, hielten ihn fast alle Wissenschaftler für eine notwendige Voraussetzung der Bewegung elektromagnetischer Wellen durch den Raum. Den neuentdeckten unsichtbaren Radiowellen traute man vieles zu, was bisher unerklärlich und undenkbar schien. Auch die Möglichkeit, mit übersinnlichen Welten in Kontakt zu treten und mit Verstorbenen zu kommunizieren, schien nun auf eine wissenschaftliche Ebene gerückt. „*Das Radio verdankt seine*



■ Schmuckfries über dem Eingang der Funkstation in Königs Wusterhausen /Foto: S. Thäslér-Wollenberg

Erfindung in nicht geringem Maße spiritristischen Ideen.“ Okkultismus war im 19. Jahrhundert salonfähig. So nahm der Psychoanalytiker Sigmund Freud an spiritistischen Sitzungen teil und der Erfinder Tesla glaubte an Telepathie. „*Der englische Physiker Oliver Lodge, der wesentlich zur Radioentwicklung beigetragen hat, startete noch 1927 in der BBC ein Experiment, mit dem er über das Radio Gedanken an die Hörer übertragen wollte.*“

Götterfunk

Welche Gemengelage zwischen geistigen Welten, alten Mythologien und den Entdeckungen der Physik existierten, zeigt auch ein Schmuckfries am Eingang der ersten Radiosendestation in Königs Wusterhausen. Eine göttliche Faust bringt die Elektrizität aus dem Himmel zu den Menschen. Das Blitzschleudern war eigentlich ein Privileg des heidnischen Gottes Thor. Nun können die Menschen die elektrischen Kräfte verwenden und zwischen den Kontinenten, symbolisiert durch die Fabelwesen, hin und her funken. Das Radiogerät schien ein Mittler zwischen Spuk und Rationalität, zwischen Phantasie und Wirklichkeit. Die Übertragung von menschlichen Gedanken aber fand den natürlichen Weg über die Sprache, einer einseitigen Kommunikation, die dem Hörer

Maler (geb. 1904 – gest. 1971) dürfte ein eher bodenständiger Mensch gewesen sein. In Breslau als Sohn eines Stellmachers geboren, wurde er zunächst als Schreiner und Dekorationsmaler ausgebildet, bevor er an der Kunstgewerbeschule studierte. Er war ein junger, technikbegeisterter Mann, der auch Gemälde von Eisenbahnen und Fabrikanlagen schuf und das Radiohören im Sinne einer Erweiterung seines Horizontes erlebte.

Propagandainstrument

Die Organisationen der Arbeiter-Radio-Vereine wurden zu Beginn des Faschismus verboten und die Auswirkungen von Rundfunkstimmen auf die Menschen musste Max Radler ab 1933 miterleben, als das Propaganda-Goebbelsbrüill von Hitler und Goebbels aus den Volksempfängern dröhnte. Auch über das Schicksal des Radioherstellers Loewe war er möglicherweise informiert. Dieser hatte mit seinem Bruder 1926 in Berlin die Radiofrequenz GmbH gegründet und nicht nur das Radio, sondern auch den ersten Fernseher entwickelt. Da beide Halbjuden waren, emigrierten sie in die USA und kamen erst nach dem Krieg zurück in die Bundesrepublik Deutschland.

Der Maler Max Radler erlebte die Kriegsjahre als Soldat und machte sich nach 1945 als Karikaturist einen Namen, wobei er sich mit dem Militarismus und den Nachwirkungen des Faschismus auseinandersetzte. Mit seinem Bild „Der Radiohörer“ hat er ein frühes und selbtenes Gemälde des Medienkonsums hinterlassen. Ein durch Kopfhörer von der Außenwelt isolierter Mensch mit einem Empfangsgerät ist ein heute gewöhnlicher Anblick geworden. Die Fragen nach der Authentizität von Nachrichten und der Beeinflussung der Massen durch die Medien sowie die Art und Weise der Teilhabe stellen sich jedoch dringlicher denn je.

Natürlich nur im Traum! (Manfred Wild)

Frau Merkel hat einen unruhigen Schlaf. Sie träumt von Corona. Ihre Träume wirren durcheinander. Schweißgebadet ruft ihr Geist um Hilfe: „DDR komm zurück und hilf mir, Corona zu vertreiben. Du hast während Deines Lebens Ruhr, Masern, Diphtherie, TBC und andere Feinde menschlicher Gesundheit ausgerottet. Und Du würdest auch das Virus Corona bändigen können.“. In diesem Moment schreckt sie auf aus ihrem Traum: „Schitt, ich habe dich ja selbst mit getötet.“

licht

Friedliches Zusammenleben ...

unterschiedlicher Individuen ist schwer. Nach Ethnie, Geschlecht, sexuellen Vorlieben, Kleidungsgewohnheiten, Religion divergierender Gruppen, kurz die Bevölkerung eines Staates, brauchen von allen anerkannte Prinzipien und Regeln, um auch das Bestehen der eigenen Gruppe zu sichern.

Kürzlich hat ein elfjähriger muslimischer Berliner Grundschüler einer Lehrerin mit Enthauptung gedroht, nach Gesprächen hat er sich später entschuldigt. Dem von Lehrern gern gelesenen Tagesspiegel war der Fall eine grundsätzliche Betrachtung aus der Feder Malte Lehmanns wert, der weiß, wie Probleme mit der Integration beizukommen ist:

Wenn Schule ein gelingender Integrationsort sein soll, darf sie sich nicht an Symbolen wie Kopftuch, Schwimmunterricht oder schweinefleischfreiem Essen verkämpfen. Relevanter sind die großen Themen: Selbstbestimmung, Gewaltfreiheit, Toleranz. Gefordert ist der Brückenschlag von Wertesystem zu Wertesystem, nicht eine Art Normen-Exorzismus.

„Danke, Herr Pastor!“, möchte man spontan ausrufen. Lehmanns Einlassung stieß nicht auf geteilte Zustimmung. In den Kommentarspalten war man zu etwa vier Fünfteln anderer Meinung. Auffällig viele Pädagogen meldeten sich zu Wort. Ein Beispiel: „Hätte mir als ehemaligem Lehrer doch schon während meiner aktiven Zeit jemand die Augen öff-

vereinen zu vergleichen, er ist vielmehr die Zusammenfassung der deutschen Arbeiterschaft, die den Rundfunk nicht nur als Unterhaltungsmöglichkeit sieht, sondern als ein technisches Hilfsmittel, das geeignet ist, den kulturellen Willen der aufsteigenden Klasse zu manifestieren und durch seine Einrichtungen die Fortschritte menschlichen Geistes ihren Klassenangehörigen zu vermitteln...“

Propagandainstrument

Die Organisationen der Arbeiter-Radio-Vereine wurden zu Beginn des Faschismus verboten und die Auswirkungen von Rundfunkstimmen auf die Menschen musste Max Radler ab 1933 miterleben, als das Propaganda-Goebbelsbrüill von Hitler und Goebbels aus den Volksempfängern dröhnte. Auch über das Schicksal des Radioherstellers Loewe war er möglicherweise informiert. Dieser hatte mit seinem Bruder 1926 in Berlin die Radiofrequenz GmbH gegründet und nicht nur das Radio, sondern auch den ersten Fernseher entwickelt. Da beide Halbjuden waren, emigrierten sie in die USA und kamen erst nach dem Krieg zurück in die Bundesrepublik Deutschland.

Der Maler Max Radler erlebte die Kriegsjahre als Soldat und machte sich nach 1945 als Karikaturist einen Namen, wobei er sich mit dem Militarismus und den Nachwirkungen des Faschismus auseinandersetzte. Mit seinem Bild „Der Radiohörer“ hat er ein frühes und selbtenes Gemälde des Medienkonsums hinterlassen. Ein durch Kopfhörer von der Außenwelt isolierter Mensch mit einem Empfangsgerät ist ein heute gewöhnlicher Anblick geworden. Die Fragen nach der Authentizität von Nachrichten und der Beeinflussung der Massen durch die Medien sowie die Art und Weise der Teilhabe stellen sich jedoch dringlicher denn je.



■ Max Radler: Der Radiobörer, 1930 / Quelle: Lenbachhaus © Max Radler bzw. Rechtsnachfolge

Frauen schreiben anders. Ein Nachruf auf Ruth Klüger

Barbara Liebig

In seiner Dankesrede für die Verleihung des Georg-Büchner-Preises im Jahr 1992 sagte George Tabori, die schönsten Liebesgeschichten, die er kenne, seien *Othello* von William Shakespeare und *Woyzeck* von Georg Büchner. Marcel Reich-Ranicki, der berühmte Literaturkritiker, nannte *Kabale und Liebe* von Friedrich Schiller in derselben Kategorie. Es sind Geschichten, in denen die Frauen auf brutale Weise umgebracht werden: Desdemona wird erdrosselt, Marie erstickt, Luise vergiftet. Welche Frau kann solche Erzählungen für „schöne“ Liebesgeschichten halten?

Ruth Klüger führt diese Beispiele in ihrem Essay *Frauen lesen anders* an, der bei seiner Erstveröffentlichung noch ein Fragezeichen hatte: *Lesen Frauen anders?* Aus der offenen Frage wurde eine Gewissheit. Sie konstatiert eine Verharmlosung von männlicher Gewalt gegen Frauen als gern übersehenes Thema in Literatur und Kunst. Sei es Goethes *Heiderölein*, sei es *Der Raub der Sabinerinnen* in Öl oder Marmor, in Lyriksammlungen und Museen werden Vergewaltigungen als das Kunstschöne genossen.

Klügers These, dass spätestens ab der Pubertät Jungen und Mädchen ein unterschiedliches Leseverhalten ausbilden, wird die ältere Generation sicher bestätigen. Für Frauen, so könnte man schlussfolgern, ist der Mann ein Mensch, dessen jeweilige Charakterzüge und Erlebnisse allgemeines Interesse beanspruchen können, wohingegen Männer in der Regel die weibliche Perspektive weiterhin dem „anderen Geschlecht“ (Simone de Beauvoir) zuordnen und nicht auf sich beziehen. Ob hier in den letzten Jahrzehnten Verschiebungen erfolgt sind, wäre zu untersuchen.

Ein Lebenslauf

Ruth Klüger hat sich erst spät in ihrem Leben mit feministischen Themen beschäftigt. Ihr berühmtestes Buch *weiter leben* beschreibt ihre Jugend. Als 1931 in Wien geborene Jüdin wurde sie schon als Kind mit dem wachsenden Antisemitismus ihrer Umgebung konfrontiert, mit Rassegesetzen und Verboten, erzwungener Einsamkeit und verweigerter Bildung. Ihr Vater, Frauen- und Kinderarzt, versuchte auszuwandern, nachdem er wegen einer illegalen Abtreibung im Gefängnis gesessen hatte. Von den Franzosen an die Nazis ausgeliefert, starb er, wie sie erst spät erfährt, bei einem Transport nach Lettland. Ihr Halbbruder, der nach der Scheidung der Eltern bei seinem Vater in Prag lebte, wurde als 17-Jähriger erschossen. 1942 wurde sie zusammen mit ihrer Mutter ins KZ Theresienstadt deportiert, dann nach Auschwitz-Birkenau überführt. Sie überlebte. Wie, hat sie 2016 in ihrer Gedenkrede zur Befreiung des Konzentrationslagers von dem *Deutschen Bundestag* geschildert:

Denn es war mir gelungen, mich im Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau im Sommer 1944 - das war eine Saison, in der die Gaskammern und Kammer im Lager auf Hochbetrieb liefen -, in eine Selektion einzuschmuggeln, die arbeitsfähige Frauen im Alter von 15 bis 45 Jahren zum Kriegsdienst auswählte. Da hatte ich mich in eine Warteschlange gestellt, und auf die Frage des amtierenden

den SS-Manns mein Alter, damals noch zwölf Jahre, als fünfzehn angegeben, eine sehr unwahrscheinliche Lüge, denn ich war nach fast zwei Jahren Theresienstadt unterernährt und unentwickelt. Die Lüge war mir von einer freundlichen Schreiberin, ein Häftling wie ich, zwei Minuten früher eingeflüstert worden und ich hatte sie tapfer wiederholt. Der SS-Mann betrachtete mich und meinte, ich sei aber sehr klein. Die Schreiberin behauptete kühn, ich hätte



■ Ruth Klüger bei einer Buchvorstellung, 2008 / Quelle: Wikipedia

starke Beine, „Sehen Sie doch nur, die kann arbeiten“, er zuckte die Achseln und ließ es gelten. Einem Zufall von wenigen Minuten und einer gütigen jungen Frau, die ich nur einmal im Leben gesehen habe, verdanke und verdanke ich mein Weiterleben, denn der Rest des Transports von Theresienstadt, mit dem ich gekommen war, wurde in den nächsten Tagen vergast.

Der Arbeitseinsatz in Christianstadt, einem Außenlager des KZs Groß-Rosen, bestand darin, Baumstümpfe zu roden, Eisenbahnschienen zu schleppen und im Steinbruch zu arbeiten. Hunger, Kälte und Überanstrengung prägten für ein weiteres Jahr das Leben des jungen Mädchens.

In den Wirren der letzten Kriegswochen gelang es ihr, zusammen mit ihrer Mutter aus einem der so genannten Todesmärsche zu fliehen. Mit Hilfe eines Pfarrers gelangten sie an die Papiere einer geflohenen Familie Kalisch und schafften es bis nach Bayern. 1947 emigrierte Klüger mit ihrer Mutter in die USA, studierte dort Anglistik und Germanistik, wurde schließlich Professorin an der Universität von Princeton und nahm 1988 die Einladung zu einer Gastprofessur in Göttingen an, wo sie dann für mehrere Jahre einen zweiten Wohnsitz nahm.

Reaktionen

Ruth Klüger war kein bequemer Mensch, sie war unsentimental, scharfsinnig, direkt, nicht bereit, eine Relativierung der Nazi-Verbrechen, in welcher Form auch immer, hinzunehmen. Auf einer Party unter Kollegen in Princeton schüttete sie einem renommierten Kafka-Forscher ein Glas Weißwein ins Gesicht, als dieser ihr Antisemitismus unterstellte. Martin Walser, dem sie seit frühen Studienjahren in Regensburg verbunden war, kündigte sie die Freundschaft, als dieser in seinem Roman *Tod eines Kritikers* in kaum verschleierte Weise Marcel Reich-Ranicki

mit antisemitischen Untertönen beschrieb. „Gerade in ihrer *Unterschwelligkeit*“, schrieb sie ihm in einem offenen Brief *folgt deine Darstellung einem geradezu klassischen Muster der Diskriminierung.*“ Und bei anderer Gelegenheit: *„Wir Überlebende sind nicht zuständig für Verzeihung. Ich halte Ressentiments für ein angebrachtes Gefühl für Unrecht, das nicht wieder-gutzumachen ist.“*

verweigert sich allen Klischees. So schildert sie ihre Mutter durchweg mit einer kühlen Distanz, stellt dar, wie die „Politischen“ im Lager die Juden verachteten, hat beobachtet, dass es unter KZ-Aufseherinnen weniger brutal zugeht als in den Männerlagern. Die Dämonisierung des Bösen hält sie, wie auch Simone Weil und Hannah Arendt, für eine männliche Sicht. *„Die Nazis Barbaren? Lächerlich. Die waren keineswegs primitiv, sondern der Wissenschaft verpflichtet, wenn auch durch Aberglauben.“* Die Untaten seien im Geiste engstirniger Borniertheit begangen worden.

Klüger lehnte Adornos Diktum, nach Auschwitz könne man keine Gedichte mehr schreiben, ebenso ab wie jeglichen „Holocaust-Kitsch“, überhaupt Darstellungen, die das Sterben für uns erträglicher machen, heroische Gesten oder martyrerhafte Gelassenheit. Auch die Musealisierung der KZs sieht sie skeptisch. *„Ein Besucher, der hier steht und ergriffen ist, und wäre er auch nur ergriffen von einem Grinsen, wird sich dennoch als ein besserer Mensch vorkommen.“* Stolz auf die eigenen Empfindungen bzw. Stolz, überhaupt etwas zu empfinden, als Entlastung der Psyche?

2008 setzt sich Klüger erneut mit ihrer Biographie auseinander, der Zeit, die sie in den USA verbrachte. Sie wählt die Form eines Briefes an einen ermordeten Bruder. *„Und so kam es, dass ich dir, dir und deinesgleichen, die KZ-Nummer nicht mehr schuldig zu sein meinte.“*, heißt es dort. In einem schmerzhaften Verfahren lässt sie sich im Alter von 77 Jahren die in den Arm eintätowierte KZ-Nummer weglassen.

Am 6. Oktober 2020 ist Ruth Klüger, die ihren Rufnamen Susanne beim Einmarsch der Nazis in Wien ablegte, in Kalifornien verstorben. Sie hinterlässt zwei Söhne und vier Enkel.

licht

Wissen und Glauben

Jugendweihfeiern haben eine lange Tradition. Sie wurden seit 1850 von freireligiösen Gemeinden und freigeistigen Gruppierungen organisiert. Zum Abschluss eines kulturgeschichtlich fundierten Moralunterrichts für die 14jährigen hielt der Jugendstundenleiter während einer Feierstunde einen Vortrag über die freigeistige Weltanschauung. Die Jugendlichen sprachen ein Gelöbnis und erhielten eine Urkunde und ein Geschenk. Musik und Rezitation umrahmten die Feier. Die Jugendweihfeiern, die es in der DDR seit Mitte der 1950er Jahre gab, verliefen ähnlich. Man konnte sich zusätzlich auch noch auf die Traditionen der Arbeiterbewegung berufen, denn der spätere KPD-Vorsitzende Ernst Thälmann hatte

schon 1900 an einer Jugendweihfeier teilgenommen. Im Laufe der Jahre entwickelte sich die Jugendweihe zu einem wichtigen familiären und gesellschaftlichen Ereignis.

Der Jugendstundenleiter wollte einen würdigeren Festredner gewinnen als sich selbst. Durch Thälmanns Beispiel angeregt, bat er den Ersten Sekretär der SED-Kreisleitung um Unterstützung. Er kannte den ehemaligen Stahlwerker und Helden der Arbeit als Wohnungsnachbarn der Großeltern. Der Hinweis auf Ernst Thälmann verfehlte seine Wirkung nicht. *„Wenn du mir einen Vorschlag für die Festrede machst“*, kann ich dir helfen. Wie es sich gehört, wurden die Jugendlichen auf das Ereignis vorbereitet, es wurde an der Festrede gefeilt und in den Familien geputzt, gekocht und gebacken.

Zahlen & Zitate

Zusammengestellt von Fr. und St. Berking

„... weltweit investiert keine private Bank mehr in Atomkraftwerke. ... Neue AKW sind demnach schon seit 2013 die teuerste Methode überhaupt, Strom zu erzeugen.“

ausgestrahlt, Nov. Dez. 2020

„Polen will in den nächsten zwanzig Jahren sechs neue Atomkraftwerke bauen. ... Die Gesamtkosten ... werden ... auf 35 Milliarden Euro bis 2040 geschätzt.“

Junge Welt 4.11.2020

„Bei der US-Präsidentenwahl am 3. November sind nur in 32 der insgesamt 50 Bundesstaaten internationale Wahlbeobachter [der OSZE] in den Wahllokale zugelassen.“

www.dwa.com

„Im Untersuchungsausschuss zum Finanzskandal [Wirecard] haben sie [Union und SPD] eine rasche öffentliche Zeugenaussage des Journalisten Dan McCrum von der Financial Times abgelehnt. McCrum haben die expliziten Wunsch geäußert, als Zeuge gehört zu werden, um Öffentlichkeit herzustellen ... Union und SPD wollen ihn ... zunächst lediglich als Sachverständigen hinter verschlossenen Türen hören.“

Junge Welt, 30.10.20

„Klaus Dieter Fritsche, [war] ... im Laufe seiner Karriere nicht nur Vizepräsident des deutschen Bundesamtes für Verfassungsschutz, sondern ... auch im Bundeskanzleramt für die deutschen Nachrichtendienste zuständig. Fritsche, inzwischen Rentner, [erhielt] ... Februar 2019 die Genehmigung des Kanzleramts ... als Berater für den Umbau des BVT (Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung) tätig zu werden. ... Im Sommer 2019 betätigte sich der Mann ...[im] deutschen Kanzleramt, als Lobbyist für Wirecard.“

Junge Welt, 31.10.2020

Wildtiere in unserem Garten - Heute: Eichhörnchen und Maus, Nager beim Futtern

Eugen Roeb

Die Eichhörnchen sind sehr gern gesehene Gäste in unseren Gärten. Sie sind possierlich anzusehen, suchen Futter oder vergraben es. Oft toben sie Baumstämme hoch und runter mit anderen, wobei ich nicht weiß, sind es Konkurrenten, Geliebte oder einfach Spielkameraden? Gern sehen wir sie auch in unserem Vogelfutterkasten fressen und sind großzügig mit Nachschub. Im Winter stopfen sie sich die Wangen mit Sonnenblumenkernen voll. Im Herbst sind sie auf der Jagd nach Walnüssen, die im Garten vergraben werden. Viele Wal-

nüsse fallen bei uns mit grüner Schale vom Baum. Eingesammelt landen sie in einem Korb, für den sich unser



■ Foto: Eugen Roeb

Gast brennend interessierte. Er kann nicht widerstehen und muss kosten. Wir geben gern, die grünen Nüsse



■ Foto: Eugen Roeb

lassen sich ohnehin nur schwer schälen. Ein anderer lieber Gast, besonders in der kalten Jahreszeit, ist die

Waldmaus. Wie das Eichhörnchen, legt auch sie gern Vorräte an. Unsere besagte Waldmaus hatte sich unter einem Holzstapel an der Hauswand eingerichtet. Wenn die Luft rein war, kam sie vor unser Fenster und fraß Nüsse und Sonnenblumenkerne. Kam etwas Verdächtiges, verschwand sie blitzartig. Als der Holzstapel verbraucht war, fanden wir die angesammelten Vorräte und einen „gemühten“ Platz der Waldmaus. In letzter Zeit sehen wir immer seltener eine Maus, letzten Sommer nur ein einziges Mal. Schuld daran hat wohl der Fuchs, der sich hier breitgemacht hat. Mäuse zählen schließlich zur Hauptnahrung der Füchse.

Ein Schulzendorfer Urgestein. Danke, Herbert Burmeister!

Genossinnen der Basisorganisation DIE LINKE in Schulzendorf Winnifred Tauche und Claudia Mollensbott

Seit mehr als 30 Jahren arbeitete Dr. Herbert Burmeister für die Geschichte Schulzendorfs. Während seiner Zeit als Bürgermeister entstanden u. a. Kitas, die Mehrzweckhalle, ein neues Feuerwehrgebäude, die Planung des neuen Rathauses, des Ortszentrums und aus 16 km Sandpisten wurden gepflasterte Straßen. Schwierig war die Schließung der Gesamtschule, gegen die er mit Schülern, Eltern und Lehrkräften protestierte. Damals waren die Kinderzahlen stark rückläufig und es gab keine Chance, die Gesamtschule zu erhalten. Heute ist die dort untergebrachte Grundschule längst zu klein. Herbert kämpfte gemeinsam mit der LINKEN Schulzendorfs dafür, mittels eines Generalauftragnehmers zügig einen Schulerweiterungsbau fertigzustellen. Herbert hatte als langjähriger Bürgermeister und auch als Gemeindevertreter immer ein

offenes Ohr für alle Bürger*innen des Ortes. Massiv setzte er sich seit der Festlegung des Standortes des BER in Schönefeld für großzügige, nachhaltige Lärmschutzmaßnahmen der Betroffenen ein. Sein Wort in der Schutzgemeinschaft und im Dialogforum Schönefeld hatte ein starkes Gewicht. Dieses Engagement setzte Herbert nach dem Ausscheiden als Bürgermeister in der Gemeindevertretung fort. Als Vorsitzender der Gemeindevertretung agierte er umsichtig, leitete die Diskussionen und brachte dadurch auch die Arbeit der Gemeindevertretung zu einem gemeinsamen Erfolg. Mit seinem Nachfolger Bürgermeister Markus Mücke ging er



■ Herbert Burmeister, Rede anlässlich des 75-jährigen „Tages der Befreiung“ in Wildau / Foto: Detlef Edler

oft hart ins Gericht, weil viele Dinge nicht im Sinne der Bürger entschieden, sondern nur als Verwaltungsakt betrachtet wurden. Gemeinsam mit der Basisorganisation der LINKEN in Schulzendorf nahm und nimmt Herbert politischen Einfluss auf das Zusammenleben der Bürgerinnen. Hier zeichnet er sich durch aktives Wirken, soziales Denken und Gemeinschaftssinn aus.

Herbert ist nicht nur politisch aktiv. Das Ehrenamt hat bei ihm einen hohen Stellenwert. Ob im Bundesvorstand der Volkssolidarität, im Verein zur Wiederherstellung der Patronatskirche und des Dorfgangers Schulzendorf oder beim Jazzsommer, der Radtour

„Schulzendorfer Landpartie“ und viele anderen Veranstaltungen, im Feuerwehrförderverein, sportlich im SV Schulzendorf und in der SG Schulzendorf mit dem spektakulären Elferrat – Herbert mischt überall mit und hält oft sogar die Fäden fest in der Hand. Vieles managt er gemeinsam mit seiner Frau Heidi. Ohne ihre Rückenstärkung und Unterstützung wäre das alles gar nicht möglich. Wir sind sehr froh, dass Beide ihre Kraft zum Wohle von Schulzendorf einbringen. Sein Rücktritt ist für die Gemeindevertretung ein großer Verlust, insbesondere für die Arbeit der LINKEN. Zum großen Glück wird er unsere Fraktion weiter unterstützen, wenn auch im Hintergrund. Aber nach Jahrzehnten des Engagements für die Menschen in Schulzendorf sind etwas mehr Ruhe und Gemeinsamkeit mit Heidi wohlverdient!

Wir wünschen Herbert für die Zukunft beste Gesundheit, viel mehr Zeit für die Erfüllung seiner Wünsche und sagen: Danke!

Nikolaikirche Potsdam

Rom. Bei Reparaturarbeiten am Turm brannte die Nikolaikirche am 3. September 1795 total aus – und die Ruine musste abgetragen werden. Friedrich Wilhelm II. gab im glei-



■ Foto: B. Kummer

chen Jahr die Order zum Neubau einer Nikolaikirche an Michael Philipp Boumann. Friedrich Gilly schuf

ebenfalls Entwurfskizzen. Durch den Tod des Königs und beider Architekten, gerieten die Pläne in Vergessenheit. Dann beherrschte Napoleon auch Preußen und an

te, beauftragte König Friedrich Wilhelm III. den Architekten Karl Friedrich Schinkel mit der Planung. 1830 begannen die Bauarbeiten unter der Leitung des Schinkel-Schülers Ludwig Persius. 1837 fand die Einweihung statt (Schinkel war nicht eingeladen), die Kirche war auch noch ohne Kuppel, dafür reichten die Mittel nicht. Schinkel konnte die Realisierung der Realisierung seines Kuppelbaus nicht mehr erleben, er starb 1841. Aber der neue König (seit 1840) Friedrich Wilhelm IV., auch „der Romantiker auf dem Thron“ genannt, befahl die Verwirklichung der Kuppelkirche. Zunächst wurden von Persius, der die Arbeiten wieder übernahm, turmartige Eckpfeiler angebaut: aus statischen Gründen, um die Kuppel besser tragen zu können. Persius erlebte die Fertigstellung auch nicht mehr, er starb 1845. Sein Nachfolger wurde Friedrich August Stüler. Unter sei-

ner Leitung und vielen großen Handwerksmeistern konnte die Kuppel und die Kirche fertig gebaut werden und 1850 die zweite feierliche Einweihung erleben.

Wie angedeutet, fand 1981 wieder eine Weihe statt, diesmal der kriegszerstörten Kirche, durch Bischof Schönherr, mit dabei auch der Westberliner Bürgermeister Richard von Weizsäcker. Ich empfehle einen Besuch der Kirche, zumal er sich doch im Weihnachtssmonat anbietet. Der Innenraum ist natürlich recht imposant. Man erblickt einen Altar aus böhmischem Marmor, ein Schinkel-Entwurf, ebenfalls das Taufbecken. Das Ziborium von Christian Friedrich Tieck besteht aus venezianischen Marmorsäulen mit vergoldeten Kapitellen, sie tragen einen Baldachin. Der Blick hinauf zur Kuppel zeigt gemalte christliche Symbolik. Oder, wie wäre es mit einem Besuch der Kuppel. Von dort sieht man nicht nur auf den herrlichen Alten Markt, sondern hat einen Überblick über ganz Potsdam.

Der UHU vor Ort

Interview mit Carsten Preuß

Am 9. Oktober 2020 ist Carsten Preuß (58 J.) als Bundestags-Direktkandidat mit 92 % von Mitgliedern der LINKEN in den Landkreisen LDS, OSL und TF für die Bundestagswahl im September 2021 nominiert worden. Der UHU nahm diese überzeugende Entscheidung zum Anlass, Carsten Preuß zu interviewen.

*DER UHU: Guten Tag, Herr Preuß! Sie kommen gerade aus Ihrem Jahresurlaub zurück und werden sicher bald Ihren Wahlkampf vorbereiten. Stellen Sie sich doch bitte unseren Leser*innen vor.*

C. Preuß: Von Hause aus bin ich Landwirt. Ich habe Landwirtschaft und im Zweitstudium Umweltschutz an der Humboldt-Universität zu Berlin studiert. Seit 1991 bin ich im Umweltamt der Kreisverwaltung Teltow-Fläming beschäftigt. Geboren wurde ich 1962 in Luckenwalde. Heute lebe ich mit meiner Familie in Zossen.

Seit 2016 bin ich Vorsitzender des BUND Brandenburg. Zwischen 2009 und 2011 organisierte ich die Petition gegen die weitere Seenprivatisierung. Sie wurde von über 110.000 Menschen unterzeichnet und führte zum Stopp der Privatisierungspraxis.

Seit 2008 bin ich Vorsitzender der Fraktion **DIE LINKE.** in der Stadtverordnetenversammlung Zossen. Von Mai 2018 bis September 2019 war ich Mitglied des Landtages Brandenburg und Sprecher für Umwelt, Haushalt und Finanzen der Linksfraktion. Ich bin zudem stellvertretender Vorsitzender des Kuratoriums des Naturparks Nuthe-Nieplitz, Mitglied

des Kulturlandschaftsbeirates und des Forstauschusses in Brandenburg.

Der UHU: Welche politischen Ziele verfolgen Sie hauptsächlich?

C. Preuß: Die Corona-Krise hat gezeigt, welche Berufsgruppen und Bereiche des öffentlichen und sozialen Lebens wirklich systemrelevant sind. Der Umgang mit der Pandemie lehrt uns auch, dass die Bürger*innen bereit sind für Veränderungen. Veränderungen hin zu einer besseren Bildung, für ein Gesundheitssystem in öffentlicher Hand, für einen sozialverträglichen und ökologischen Umbau, für regionale Kreisläufe, für ausreichend bezahlbaren Wohnraum, für einen gut ausgebauten und bezahlbaren ÖPNV sowie für eine bedarfsdeckende Finanzausstattung der Städte und Gemeinden. Diese enormen Herausforderungen sind die Gründe, warum ich politisch seit langem aktiv bin. Konkret möchte ich mich in den Bereichen Umwelt und Landwirtschaft in die Arbeit der Bundestagsfraktion einbringen.

Der UHU: Was hat Sie dazu bewogen, für die Partei DIE LINKE. zu kandidieren?

C. Preuß: Viele Menschen spüren, dass es so nicht weitergeht. Es wird immer offensichtlicher, dass das gegenwärtige Wirtschaftsmodell ökologisch blind ist, unglaubliche Ungerechtigkeiten produziert und gelenkt wird von perversen Finanzstrukturen. **DIE LINKE.** will kein Weiter so. **DIE LINKE.** will eine

grundlegende Veränderung der Gesellschaft.

Klar ist auch: Umweltzerstörungen und Klimafolgen gehen zuerst zu Lasten der ärmeren Bevölkerungsgruppen – bei uns genauso, wie in den Ländern des Südens. Deshalb ist Klimaschutz auch eine Frage der sozialen Gerechtigkeit, sind Ökologie und Soziales zwei Seiten derselben Medaille. Bei den notwendigen Veränderungen müssen alle Bevölkerungs-



■ Carsten Preuß – ein Mann des Volkes / Foto: Archiv Die LINKE.

schichten mitgenommen werden. Angesichts der Klimakrise und des dramatischen Verlustes der Biodiversität reicht ein *Greenwashing*, ein grüner Anstrich, nicht aus. Wir müssen erkennen, dass das Wachstum Grenzen hat und wir nicht den Ast absägen sollten, auf dem wir sitzen.

DIE LINKE. kann der Treiber der Reformen in der Gesellschaft sein, die jenseits von universeller Konkurrenz, grenzenlosem Wachstum, Umweltzerstörung oder der Auflösung lokaler Gemeinschaften sind. Es muss Schluss sein damit, dass jede

Pore des Lebens zur Ware gemacht wird.

Der UHU: Wie werden Sie Ihren Wahlkampf führen?

C. Preuß: Wir haben gerade in den USA einen Wahlkampf erlebt, der nur untergeordnet von Sachthemen geprägt war. Mein Ziel ist es, die Auseinandersetzung um Inhalte zu führen. Wichtig wird in der jetzigen Situation das Thema Kultur. Damit meine ich auch, aber nicht nur, die gegenwärtige Situation der Künstler*innen und Kultureinrichtungen. Wichtig ist mir die Kultur im weitesten Sinne, also alles, was der Mensch selbstgestaltet hervorbringt. Dazu gehören die Gesprächs- oder Diskussionskultur, die Landeskultur, Geisteskultur etc. Es ist nach 2017 mein zweiter Bundestagswahlkampf im Wahlkreis 62. Aus den Erfahrungen von

2017 werde ich die einzelnen Bausteine für den Wahlkampf optimieren.

Der UHU: Auf welche Unterstützung können Sie hoffen?

C. Preuß: Meine Hoffnung besteht darin, dass die Themen und Lösungsansätze, die ich verfolge, auch die Mehrheit der Einwohner*innen richtig finden. Zum Direktkandidaten für **DIE LINKE.** wurde ich von den Mitgliedern der Partei mit großer Mehrheit gewählt. Auch die Erfahrungen aus dem letzten Wahlkampf machen mich zuversichtlich, dass es

eine breite Unterstützung der Mitglieder und Sympathisanten der Partei im Wahlkampf geben wird. Wir stehen vor einer wichtigen Wahl. Nach der Corona-Pandemie und den Hilfspaketen werden in der kommenden Legislaturperiode wichtige Entscheidungen getroffen. Es geht um die Frage, wer die Kosten zahlen wird, und ob wir die Weichen für einen wirklichen sozial-ökologischen Umbau stellen.

Der UHU: Welche Aussichten geben Sie sich für einen Wahlerfolg in Ihrem Wahlkreis?

C. Preuß: Es gibt viele Menschen die sich um den Zustand von Demokratie und Bürgerrechte sorgen, die sich für Klimagerechtigkeit und einen gerechten Welthandel engagieren. Und es gibt noch mehr Menschen, die sich über die Bereicherung Weniger auf Kosten der Mehrheit empören. Wenn diese Vielen zu einer großen gesellschaftlichen Kraft wachsen, bin ich zuversichtlich, dass die Wahlen erfolgreich sind und zu positiven Veränderungen führen.

Ich möchte aufzeigen, dass wir dieses Land verändern wollen, dass wir ein demokratisches, sozial-ökologisches, gerechtes, friedliches und tolerantes Land gestalten wollen und können. Dafür will ich mich mit aller Kraft einsetzen. Dafür will ich einen engagierten Wahlkampf führen.

Vielen Dank!

Der UHU: Wir danken Ihnen für das Gespräch und wünschen Ihnen für die Wahl viel Erfolg!

DIE LINKE kämpft für die GOST in Groß Köris

Karin Weber

Die Grund- und Oberschule im Schenkenländchen wird sich zur Gesamtschule mit gymnasialer Oberstufe (Gost) entwickeln. Eine im Vorfeld der Schulentwicklungsplanung vom Landkreis Dahme-Spreewald in Auftrag gegebene Studie belegt, dass nicht nur im engeren Verflechtungsraum mit Berlin, sondern auch im ländlichen Raum Bedarf an einer gymnasialen Oberstufe besteht.

Zur Zeit fahren die Schüler*innen aus dem Schenkenländchen und der Gemeinde Heidesee nach Königs Wusterhausen, Eichwalde oder Zeuthen, wenn sie das Abitur ablegen wollen. Einige müssen sogar zu diesem Zwecke den Landkreis verlassen. Das ist häufig mit sehr langen Fahrzeiten und Umsteigen verbunden.

Der im Zentrum des Landkreises liegende Schulstandort Groß Köris bietet sich an, die bestehende Grund- und Oberschule zu einer Gesamtschule mit gymnasialer Oberstufe zu entwickeln. Das bedeutet, dass Schüler*innen, die die Oberschule erfolg-

reich absolviert haben, in den Klassen 11 bis 13 die gymnasiale Ausbildung erhalten. Der Prozess läuft aber nicht automatisiert ab. Grundvoraussetzung ist, dass sich die jetzigen Schülerzahlen verfestigen und verstärkt Jugendliche diese Schulform auswählen. Für viele Schüler*innen könnten

sich Fahrzeiten wesentlich verkürzen. Damit bliebe Ihnen mehr Freizeit. Endlich könnten auch sie regelmäßig an Vereinsleben, in Sportclubs, bei der freiwilligen Feuerwehr teilnehmen oder individuellen Freizeitbedürfnissen nachgehen.

Die Gemeinde und das Amt Schenkenland stehen in den Startlöchern, um die baulichen und materiellen Voraussetzungen zu schaffen. Es muss Grund und Boden erworben und ein weiteres Gebäude errichtet werden. Dafür benötigt die Gemeinde aber Planungssicherheit. Dass die

prosperierende Gemeinde dazu Willens und in der Lage ist, kann man an dem kürzlich neu errichteten Schulhaus (siehe Foto) erkennen. In nur 12 Monaten wurden für 2,6 Mio. € zehn Unterrichtsräume mit entsprechenden Sanitäranlagen bereitgestellt.

Die Mitglieder des Kreistages haben sich einstimmig zum Schulstandort Groß Köris bekannt. In der Kreisverwaltung bestehen noch Vorbehalte, weil



■ Neues Schulgebäude / Foto: K. Weber

solid: Wer wir sind – was wir wollen!

machen unsere eigene Politik und möchten uns von Obrigkeitsstrukturen lösen – wir sind nicht die Jusos.

Diese Solidarität trägt Früchte. Im LDS haben wir einen Jugendraum von der Kreispartei in den Räumlichkeiten der Kreisgeschäftsstelle in Königs Wusterhausen gestellt bekommen. Wir können Infrastruk-

turen für die Kreispartei nutzen, um linke Jugendpolitik zu leisten. Wir begleiten und gestalten Kundgebungen, Veranstaltungen und parteiliche Arbeit, ob real oder digital, mit. Unsere Aktivitäten seit der

OG-Gründung hielten sich im Rahmen von Vernetzung zwischen verschiedenen anderen linken Vereinen, der Organisation von Kundgebungen und Demonstrationen (Fridays For Future KW, Hanau Gedenken, Friedensfest Königs Wusterhausen, Friedenskundgebung, 1. Mai Festwiese, #BrandenburgIstMehr etc.) und kleineren internen Events auf – doch

In Zukunft möchten wir uns künstlerisch engagieren. Unsere Schwerpunkte für die nächste Zeit liegen bei den Themen Polizeigewalt, Antifa-

schismus, Asylpolitik, (Queer)Feminismus und Ökologie. Hier möchten wir durch künstlerische Aktionen, mit Witz, spitzen Bemerkungen und Tiefgang auf verschiedene gesellschaftliche Probleme eingehen. Auch möchten wir mit bildungspolitischem Engagement im Thema Demonstrationsverhalten und Rechtsextremismus/Prävention weitermachen.

Aktuell besteht unsere Ortsgruppe aus 17 Genoss*innen zwischen 16 und 34 Jahren – wir sind Abiturier*innen, Schüler*innen, Student*innen, Berufstätige* oder Auszubildende*. Drei unserer Genoss*innen sind im Landessprecherrat der linksjugend [solid] Brandenburg, ein Genosse im Kreisvorstand der LINKEN im LDS und weitere Genoss*innen in anderen Vereinsvorständen tätig oder arbeiten in weiteren gesellschaftlichen Vereinen und Strömungen mit.

Russland - sucht Deutschland einen neuen Feind?

Manfred Wild

Nach der Vereinigung beider deutschen Staaten wirtschaftlich und politisch gestärkt sowie territorial vergrößert, kam bei den Herrschern der „Deutschen“ Lust auf, wieder „mehr Verantwortung“ in Europa und darüber hinaus zu übernehmen. Sie wollten aus dem „Korsett“ heraus, das ihnen 1945 angelegt wurde. Alle nach 1945 geschlossenen internationalen Verträge mit Bezug auf Deutschland betrachteten sie, uneinsichtig der deutschen historischen Verbrechen, als „Bremsklotz“ für ihre Neuprofilierung als Wirtschafts- und Militärmacht in Europa, Asien und Afrika. Jetzt glaubten sie, diesen „Bremsklotz“ beiseite schieben zu können.

DIE LINKE. mit einer Doppelseite im „UHU“. Warum?

Der „UHU“ wendet sich an Sie, eine breite Leser*innenschaft, die auch politisch interessiert ist. Wir, die Linken im Landkreis, möchten die Möglichkeit nutzen, uns mit Ihnen auszutauschen, unsere Ansichten darzustellen, um ganz einfach gesagt, bekannter zu werden. Vorerst ist geplant, die Doppelseite, bei erhöhter Auflage, vierteljähr-

lich aufzulegen. Bitte senden Sie Ihre Meinungen, Anregungen sowie Kritik an uns. Wir sind gespannt, auf eine hoffentlich lange Zeit miteinander. Dafür hier der erste Schritt.

Mit besten Grüßen, Michael Wippold, Kreisvorsitzender **DIE LINKE.**-LDS

zwischen der BRD und Russland vor allem passte nicht in das Konzept der US-Wirtschaftsstrategie für Europa. Und ökonomisch gefestigte EU-Staaten wie Großbritannien, Frankreich, Italien und Spanien fürchteten um ihre Anteile beim Abschöpfen der ökonomischen Hinterlassenschaft der SU.

Die BRD fühlte sich herausgefordert und schlug nun wirtschaftlich wie finanzpolitisch in Europa um sich. Sie verwandelte mit Hilfe ihrer herrschenden Banken ihre „Deutsche Mark“ in den, ihren ökonomischen und politischen Einfluss stärkehenden, „EURO“. Der Euro hat allein das deutsche Kapital reich gemacht. Für alle anderen europäischen Staaten, die sich dem EURO-Währungssystem anschlossen, wurde er zu einer „Tropfsteinhöhle“ unter deutschen „Bankenbergen“.

Deutschland hat inzwischen fast alle Laster seiner Vergangenheit politisch und ökonomisch entsorgt, seine Mülltonnen des moralischen Schadens aber noch lange nicht geleert, angereichert durch sozialen Kahlschlag, Kulturbabareis, auswuchernde Bürgerüberwachung und Bodenzubereitung für Neofaschismus, Rassismus und Kriegslust im Inneren sowie seine außenpolitischen Bestrebungen, überall dort militärisch entschei-

dend mitzumischen, wo es in Europa, Asien und Afrika national oder religiösen Streit um Rohstoffe, strategischen Landgewinn und politischen Machteinfluss gibt.

Letzteres genügt den Herrschenden in der BRD nicht mehr. Sie fühlen sich wieder stark, den „germanischen Kriegsgott Wotan“ in der Welt herauszukehren und suchen für sich ein geeignetes Schlachtfeld, möglichst nicht zu weit von ihren Grenzen entfernt. In westlicher Richtung ist ihnen zunächst noch der Weg versperrt.

Dort hat sich „Uncle Sam“, der zur Zeit Donald Trump heißt, mit seinem Einfluss immer noch ziemlich breitgemacht und verschanzt. Sich mit ihm anzulegen, erscheint ihnen ein zu großes Risiko, denn noch brauchen sie ihn selbst als „großen Bruder“, der ihnen hin und wieder militärisch unter die Arme greift. Also werden Blick und Drang nach Osten gerichtet. Dorthin sind seit dem Untergang der Sowjetunion in Polen, der Ukraine und im Baltikum ohnehin die Wege geebnet und verkürzt für moderne Kriegstechnik und Bundeswehrosoldaten im Gleichschritt mit der NATO.

Nicht nur, dass diese Russophobie sinnlos ist, sie ist brandgefährlich!

Deutschland sucht wieder einen neuen Feind im Osten und entwickelt dabei ein atomares „Pulverfass“. Deutschland hat im 1. Weltkrieg ca. 17 Millionen, im 2. mehr als 50 Millionen Opfer zu verantworten, in einem dritten würde es die Menschheit und sich selbst vernichten.

Deutschland hat in seiner Geschichte hervorragende Geistesgrößen hervorgebracht, zugleich aber auch die größten Verbrecher gegen die Menschheit in die Welt gesetzt.

Dieser Widerspruch neigt sich zunehmend wieder zum Verbrechen, weil es in Deutschland an ideologischen, politischen, ökonomischen und ökologischen Geistesgrößen mangelt, die dieses mit einem einsichtigen Massenanhang verhindern könnten. Das ist ein deutsches Dilemma der Gegenwart. Das ist die Fessel einer linken Bewegung. Wie und wann sie praktisch zu sprengen ist, bleibt immer noch eine unbeantwortete Frage. Theoretisch liegt die Antwort in dicken Büchern von Marx, Engels, Lenin und anderen, der marxistischen Ideologie wissenschaftlich folgenden Persönlichkeiten bereits seit langem vor.

Ist denn der Begriff „Revolution“ schon zu sehr abgenutzt oder gar ins Gegenteil verkehrt?

Joshua Deweller

Wir, die linksjugend [solid] Königs Wusterhausen, sind eine Ortsgruppe des Landesverbandes der linksjugend [solid] Brandenburg. Wir sind ein feministischer, antikapitalistischer, antifaschistischer und ökologischer politischer Jugendverband, welcher als solcher anerkannt von der Partei **DIE LINKE.** ist, jedoch rechtlich unabhängig für eine linke Alternative in der Gesellschaft kämpft. Für uns zählt die internationale Zusammenarbeit mit anderen linken Vereinen, Gruppierungen und Parteien zu den Grundzügen unserer politischen Arbeit. Als Jugendverband möchten wir jungen Menschen die Perspektive geben, politische Arbeit zu lernen, sich kreativ auszuleben und Gleichgesinnte zu finden. Wir wollen diskutieren, wir wollen provozieren und wir wollen streiten. Dies tun wir zu jeder Gelegenheit solidarisch an der Seite unserer Mutterpartei, jedoch begleiten wir ihre Vorgänge und Handlungen mit offenen Augen und üben Kritik, wenn es denn sein muss. Hierin sehen wir eine unserer Aufgaben als parteinaher Jugendverband, wir möchten von unseren Parteigenoss*innen lernen, doch können wir selbstbewusst von uns sagen, dass auch die erfahreneren Genoss*innen sich eine Scheibe von der Jugend abschneiden können. Hierfür sind wir parteiunabhängig und behalten diese rechtliche Stellung. Wir



■ Demonstration gegen die AfD / Foto: Archiv solid

tur und andere Räume der Kreispartei nutzen, um linke Jugendpolitik zu leisten. Wir begleiten und gestalten Kundgebungen, Veranstaltungen und parteiliche Arbeit, ob real oder digital, mit. Unsere Aktivitäten seit der

wir träumen und planen Größeres. Auch besuchen wir gerne Veranstaltungen anderer Parteien, um kritische Fragen zu stellen oder den Diskurs anzuregen. Wir sammeln uns des Öfteren auf Demonstrationen

ANZEIGE

BESTATTUNGSINSTITUT STEFFEN + WERNER ZAK

Potsdamer Str. 5 • 15711 Königs Wusterhausen Telefon 03375-295370
 Bergstraße 43 • 15745 Wildau Telefon 03375-554970
 Walther-Rathenau-Str. 14 • 15732 Schulzendorf Telefon 033762-48810

Tag und Nacht 03375-554970

Bestellung eines Jahresabonnements der Monatszeitung „Der UHU“

Name: _____
 Wohnort: _____
 Straße: _____
 Telefon: _____
 Email: _____
 Zahlungsart: _____

Bank: Berliner Bank
 IBAN: DE2010070848017508700
 BIC: DEUTDE33110

12 Ausgaben für 27,- € pro Jahr

Kontakt: JensWollenberg
 15732 Schulzendorf
 Karl-Liebknecht-Str.42
 Tel: 033762/91786
 Email: susannethasler@aol.com
 deruhu.wollenberg@aol.com
 www.der-uhu-link.de

Mit den Augen des UHUs ...

Botschaften – früher und heute



Kommunikation ist immer, dazu bedarf es keiner Sprache. Als Adam den von Eva gereichten Apfel vom Baum der Erkenntnis nahm und kräftig zubiss, wusste er auch ohne Worte, dass sein Tun eine vermeintliche Sünde war, was auch immer ihm Eva angeboten hatte. Auf engem Raum reicht die nonverbale Sprache in vielen Fällen aus, um Botschaften zwischen Menschen zu senden und zu verstehen, so die Botschaft eindeutig ist. Da aber die Menschen den begrenzten Garten Eden verließen und sich über die gesamte Erde verteilten, wurde die Kommunikation zwischen ihnen schwieriger. Aus der Bibel kennen wir das Symbol der Verwirrung, die verschiedene Sprachen zwischen Menschen bewirken, durch den *Turmbau zu Babel*. Komplexe Vorgänge setzen ein gleiches semantische Bedeutungsinventar voraus.

Noch schwieriger wurde die Vermittlung von Botschaften durch die Entfernung, die Menschen voneinander trennte. Ein Neandertaler wusste nichts über die Lebensbedingungen des später so benannten *homo sapiens*, der ja nicht feindliche Absichten hatte bei der Besiedlung Europas, sondern wegen der klimatischen Bedingungen in seinem Lebensraum seine eigene Existenz zu erhalten trachtete. Bei gelungener Vermittlung dieser Lebensnotwendigkeit hätten sicher viele Neandertalerfrauen den Fremdlingen Wildäpfel angeboten. Eine Offerte, die bei dem von der historischen Anthropologie nachgewiesenen männlichen Balzverhalten des *homo sapiens*, mit Sicherheit zur friedlichen Koexistenz beider Menschenstämme geführt hätte. Die Versorgung mit Nahrung war schon immer eine Triebfeder sexueller Nähe.

Mit der zunehmenden Entfernung vom Ursprung der Botschaften zu deren Adressaten reichte die direkte persönliche Begegnung zwischen Menschen allein nicht mehr aus. Weit entfernte Ereignisse mussten durch Boten über viele Kilometer überbracht werden, oft durch unwegsames Gelände. In der griechischen Antike wurden zur Benachrichtigung amtlicher oder militärischer Nachrichten geeignete Langläufer ausgebildet, die diese Aufgabe übernahmen. Die Geschichte des 1. Marathonläufers Pheidippides, der die Botschaft über den

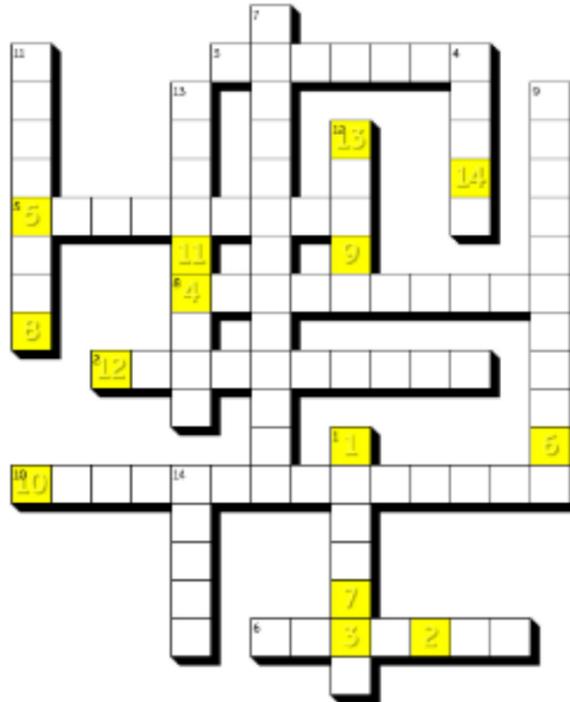
Sieg der athenischen Heeres gegen eine achtfach so große persische Übermacht im Jahre 490 v. u. Z. nach Athen trug und dann tot zusammenbrach, ist bloße Legende. Aus sportmedizinischer Sicht ist bei einem gesunden, trainierten Läufer ein Sich Totlaufen sehr unwahrscheinlich. Selbst über die Länge des Laufes streiten die Historiker, ob der Bote ca. 40 oder 400 km gerannt war, je nach Kurs und Häufigkeit der zurückgelegten Strecke. Die heute gelaufene Länge eines Marathonlaufes von 42,195 km geht auf den Wunsch einer englischen Prinzessin zurück, die dem Start des Wettbewerbes bei der Olympiade 1908 in London von ihrem Fenster im Palast von Windsor zuzuschauen wünschte.

Andere Übermittlungsformen von Nachrichten nutzten die Menschen über größere Entfernungen schon vor langer Zeit. So gab es bei nordamerikanischen Indianern verschiedene Signalsprachen, entweder durch Rauchzeichen oder durch das längere oder kürzere Aufblitzen der Sonne in Spiegeln. Ähnliche Funktion hatten die zwischen 1510 und 1620 errichteten Genueser Türme rund um die Küste von Korsika, von denen aus tagsüber mit Rauchzeichen und nachts mit Feuerzeichen innerhalb einer Stunde rund um die ganze Insel vor Schiffsangriffen von Piraten oder Sarazenen gewarnt werden konnte.

Gerade die zuletzt genannten Übermittlungsformen von Botschaften hatten den Vorteil, dass sie Zeichencharakter hatten, d. h. ihre Bedeutung war eindeutig festgelegt, sodass sie keiner (fehlerhaften) Deutung unterliegen konnten. Heute - unter den Voraussetzungen der kaum zu bremsenden Technisierung - werden die Grenzen zwischen Gesagtem und Gemeintem vollkommen verschoben. Das postalische Briefeschreiben und das ursprüngliche Telefonat hatten noch eine private Intimität, die durch die jetzige bevorzugte Kontaktaufnahme zwischen Menschen nahezu aufgehoben wird. Der „gläserne Mensch“ ist jedem verfügbar, der es nur will. Es wird gechattet und gescypet (vor allem in der Coronazeit), wildfremde Menschen versammeln sich auf Facebook, um Sinniges und Unsinniges auszutauschen, über Handys wird jede Tätigkeit mitgeteilt, bis die einzige Tätigkeit nur noch aus dem Bedienen der Tastatur besteht. Das Versenden von Botschaften hat seinen elementaren Sinn, lebensnotwendige Mitteilungen zu vermitteln, verloren. Stattdessen versinken die Nachrichtempfehlung*innen in der Flut von „news“ - oder „fake news“.

KREUZWORTRÄTSEL

Kreuz und Quer



Radiosendungen empfängt man zumeist über



Lösung der November-Ausgabe: **Elitenaustausch**

1. Sie werden in Kreuzworträtseln kaum angewendet
2. Abfällige Bezeichnung für die Landbewohner durch Seeleute
3. Volkstümliche Bezeichnung für Leute, die dem Alkohol zu sehr zusprechen
4. Zu schnelle Bewegung im Straßenverkehr oder gepflegter Bewuchs einer Wiese
5. Tiere, die sowohl auf dem Land als auch im Wasser leben können
6. Verzeichnis von Angeboten eines Händlers oder Herstellers
7. Ausbreitung städtischer Lebensformen und Wachstum der Städte
8. Besonders angeordnetes Einfamilienhaus
9. Kleidungsstück zur Fixierung einer Person
10. Kniehohe Beinbekleidung aus Stoff- oder Lederstreifen
11. Alle suchen nach einem Standort dafür, aber Keiner will es bei sich haben
12. Lange Stichwaffe, die auch geworfen werden kann, man kann sie auch für jemand/etwas brechen
13. Metallischer Werkstoff aus mindestens zwei Elementen
14. Ortsteil einer Stadt am Brocken, hat einen traurigen Namen

Rätselauteur: Wolf Großkopf
Einsendeschluss des Lösungswortes: 20.12.2020
Es findet eine Preisverlosung statt.
Der Gewinner wird postalisch informiert.



■ Kleine Stadt (Ausschnitt) Hans der Fährmann

Was bedeutet „Ewenke“?

- a) Es ist ein friesischer Mädchenname.
- b) Es ist der Angehörige eines sibirischen Volksstammes.
- c) Es ist ein holländischer Moorkanal.

Auflösung aus der November-Ausgabe:
Ein Bautastein ist ein Gedenkstein der Wikinger in Skandinavien.



www.der-uhu-link.de

Sehr geehrte Abonnenten!

Auch ein UHU braucht Nahrung! Sollten Sie Ihr Jahresabonnement für den UHU noch nicht beglichen haben, bitten wir Sie, das nachzuholen.

Mit herzlichem Dank
Ihre UHU-Redaktion

VERKAUFSTELLEN DES UHU

Schulzendorf:
Zeitungsladen Gemeindezentrum

Eichwalde:
Buchhandlung Eichwalde
Bahnhofstr. 87

BITTE UM UNTERSTÜTZUNG

Liebe Leserin, lieber Leser!

Der „UHU“ ist eine unabhängige Monatszeitung, die auf Einnahmen angewiesen ist und von keiner Organisation unterstützt wird. Unsere Redakteure und Korrespondenten arbeiten unentgeltlich. Druck, Layout und Verteilung müssen jedoch bezahlt werden. Deswegen bitten wir Sie um finanzielle Unterstützung oder um ein Dreimonatsabonnement für sechs Euro, bis wir uns selbst tragen können.

Es bedankt sich: die Redaktion

Bankverbindung
Berliner Bank
Kontoinhaber: Jens Wollenberg
IBAN: DE20100708480187508700
BIC: DEUTDEDB110
Kennwort: Unterstützung UHU

ANZEIGE

Rechtsanwalt Thomas Groß

Ich berate und vertrete Sie bei rechtlichen Problemen und erstelle für Gewerbetreibende die Buchhaltung und die Steuererklärung.

Erich-Kästner-Straße 12
15711 Königs Wusterhausen
Telefon: 03375 550948 / Fax: 03375 5693598
Mobil: 015773302792
E-Mail: ra.th.gross@googlemail.com

VORSCHAU

Ausblick auf die Themen im Januar 2021

Folgen der Corona-Krise

- Soziale Folgen der Pandemie für Künstler*innen
- Verschärfung der ökonomischen und sozialen Unterschiede
- Auswirkungen von Corona im südlichen Afrika
- Pragmatischer Umgang mit der Pandemie

LESERBRIEFE

Wir freuen uns auf Ihre Leserbriefe, die uns Anregungen und Impulse geben können.

Jens Wollenberg | Karl-Liebknicht-Straße 42 | 15732 Schulzendorf
Email: deruhu.wollenberg@aol.com
Kennwort: Leserbrief

Die Redaktion behält sich die Veröffentlichung oder Kürzung vor.